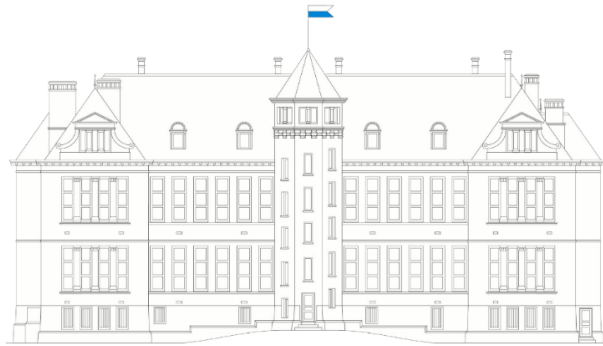


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT .....	8
DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT .....	8
EU-Sondergipfel: Staats- und Regierungschefs erzielen Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen und den Corona-Wiederaufbaufonds .....	8
Außenminister <i>Maas</i> im Europäischen Parlament: Spannungen mit der Türkei abbauen / Beziehungen mit Afrika stärken .....	8
Verteidigungsministerin <i>Kramp-Karrenbauer</i> im Europäischen Parlament: Strategischer Kompass - europäischer Weg für Sicherheit und Verteidigung / Hybride Bedrohungen gemeinsam adressieren .....	9
EUROPÄISCHES PARLAMENT .....	9
Europäisches Parlament kritisiert Ergebnisse des EU-Gipfels vom 17.–21.07.2020 und fordert Nachbesserungen an zentralen Punkten .....	9
Europäisches Parlament gibt Mitglieder der neuen Sonderausschüsse und des neuen Unterausschusses bekannt .....	10
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN .....	10
Zukünftige Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich: Zweite Verhandlungsrunde nach dem Auslaufen der Verlängerungsoption des Übergangsabkommens erneut ohne echte Fortschritte .....	10
EU-Indien-Gipfel: Viele Gemeinsamkeiten / regelmäßiger Dialog auf Ministerebene vereinbart .....	11
Außenminister-Treffen zu aktuellen außenpolitischen Themen .....	11
Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei über Rechte im Mittelmeer eskalieren .....	12
Präsidentenwahl in Polen: Amtsinhaber <i>Duda</i> gewinnt knapp .....	12
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION .....	13
COVID-19 .....	13
Ratsempfehlung zur schrittweisen Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten; aktualisierte Staatenliste .....	13
EU-SONDERGIPFEL .....	13
Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMI .....	13
DATENSCHUTZ .....	14
Urteil des EuGH zur Datenübermittlung in die USA .....	14
MIGRATION .....	15
Konferenz mit nordafrikanischen Staaten zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität .....	15
Konferenz mit Westbalkanstaaten zur Bekämpfung irregulärer Migration an den östlichen Mittelmeerrouten .....	15
INTEGRATION .....	16
Öffentliche Konsultation zur Förderung der Integration von Migranten .....	16
VISA .....	17
Westbalkan sowie Georgien, Moldau und Ukraine profitieren weiterhin von der Visaliberalisierung .....	17



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR .....	18
EU-SONDERGIPFEL.....	18
Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMB .....	18
COVID-19 .....	18
Kommission leitet Befragung zu Leistungs- und Gebührenregelungen für den einheitlichen europäischen Luftraum ein .....	18
VERKEHRSINFRASTRUKTUR .....	18
Kommission fördert 140 Verkehrsprojekte mit 2,2 Mrd. € unter der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) .....	18
STRAßENVERKEHR .....	19
Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stimmt für Abschaffung von Messtoleranzen bei der Prüfung von Emissionsgrenzwerten .....	19
Kommission leitet zwei Befragungen zur Fahrzeugsicherheit ein .....	20
GÜTERVERKEHR .....	20
Europäisches Parlament nimmt Verordnung über elektronische Frachtbeförderungsinformationen formal an .....	20
SCHIFFSVERKEHR .....	21
Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stimmt für Eingliederung des Schiffsverkehrs in das Emissionshandelssystem der EU .....	21
LUFTVERKEHR .....	21
Kommission leitet zwei Befragungen zur Luftverkehrssicherheit ein .....	21
Kommission leitet Befragung zu Computerreservierungssystemen im Luftverkehr ein .....	22
BAUEN UND WOHNEN.....	22
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Mai 2020 in der EU .....	22
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im ersten Quartal 2020 in der EU.....	22
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	23
Kommission veröffentlicht EU-Justizbarometer 2020.....	23
Kommission startet Konsultationen zum Europäischen Aktionsplan für Demokratie.....	23
Kommission veröffentlicht Fahrplan zum Aktionsplan für geistiges Eigentum .....	23
Leitfaden für nationale Gerichte: Schutz vertraulicher Informationen in Verfahren zur privaten Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts.....	24
Urteil des EuGH zur Datenübermittlung in die USA .....	24
Schlussantrag vor dem EuGH: deutsche Staatsanwälte dürfen Europäische Ermittlungsanordnungen ausstellen .....	25
Bericht des Parlaments zur Rechtsstaatlichkeit in Polen .....	25
Ausschüsse des Europäischen Parlaments diskutieren über Auswirkungen des Urteils des BVerfG vom 05.05.2020 .....	26



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS .....	27
EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMUK .....	27
Kommission veröffentlicht Roadmap zur Weiterentwicklung des Europäischen Bildungsraums .....	27
Kommission führt Konsultation zur Aktualisierung des Aktionsplans für Digitale Bildung durch .....	27
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST .....	29
EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMWK .....	29
Informelle Videokonferenz der EU-Forschungsministerinnen und -minister .....	29
Kommission sucht Mitglieder für den Wissenschaftlichen Rat des Europäischen Forschungsrates (ERC) .....	30
EU stellt 100 Mio € aus Horizont 2020 für Erforschung von Impfstoffen zur Verfügung .....	30
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT .....	32
Jährliche Inflation im Euroraum steigt im Juni 2020 auf 0,3 % .....	32
Informeller Rat für Wirtschaft und Finanzen, 10.07.2020: Deutscher Ratsvorsitz, wirtschaftliche Folgen der COVID-19-Krise und Euro-Konvergenzberichte .....	32
Rat beschließt länderspezifische Empfehlungen zu nationaler Fiskal- und Wirtschaftspolitik .....	33
EuGH: Geldstrafen für Rumänien und Irland wegen mangelhafter Umsetzung der Richtlinie zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung .....	33
EU-HAUSHALT .....	34
EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMFH .....	34
Europäisches Parlament kritisiert Ergebnisse des EU-Gipfels vom 17. - 21.07.2020 und fordert Nachbesserungen an zentralen Punkten .....	34
STEUER .....	35
Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie: Kommission führt öffentliche Konsultation durch .....	35
Coronavirus: Kommission verlängert vorübergehende Mehrwertsteuer- und Zollbefreiungen für die Einfuhr von medizinischer Ausrüstung aus Nicht-EU-Ländern .....	35
Kommission schlägt Steuerpaket für Betrugsbekämpfung und einfache Besteuerung vor .....	36
EuG-Urteil zu irischer Steuerbeihilfe an Apple: Kommissionbeschluss nichtig .....	37
Meinungsaustausch über digitale Besteuerung zwischen Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments, Kommission und OECD .....	37
WIRTSCHAFT- UND WÄHRUNGSUNION .....	38
Europäische Zentralbank belässt Geldpolitik einstweilen unverändert und Zinsen auf Rekordtief .....	38
Vorbereitung der Euro-Einführung: Bulgarien und Kroatien in Wechselkursmechanismus II aufgenommen .....	38
Umfrage der Europäischen Zentralbank: Ökonomen senken wirtschaftliche Prognose für 2020 weiter .....	39
230 Mio. gefälschte Euro-Banknoten: Europol hebt möglicherweise eine der bisher größten Geldfälscherbanden aus .....	40



<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE</b> ...	<b>41</b>
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....	41
REACT-EU: Rat legt partielle allgemeine Ausrichtung fest.....	41
Europäischer Rechnungshof zu REACT-EU-Mitteln für den Aufbau .....	41
REGI Ausschuss nimmt Bericht zum Fonds für einen gerechten Übergang an .....	41
Stellungnahme des Europäischen Rechnungshofs zum Fonds für einen gerechten Übergang.....	42
Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stimmt für Abschaffung von Messtoleranzen bei der Prüfung von Emissionsgrenzwerten .....	42
Konsultation zum CO <sub>2</sub> -Grenzausgleichsystem.....	42
Kapitalmarktunion: Rat bestätigt Einigung zur Crowdfunding-Verordnung .....	43
Nachhaltiges Finanzwesen: Kommission verabschiedet delegierte Rechtsakte zur Benchmarkverordnung.....	43
Wertpapieraufsicht: ESMA prüft mögliches Aufsichtsversagen im Fall Wirecard .....	43
Staatliche Beihilfen: Kommission empfiehlt, Unternehmen mit Verbindungen zu Steueroasen keine finanzielle Unterstützung zu gewähren.....	44
EuG-Urteil zu irischer Steuerbeihilfe an Apple: Kommissionbeschluss nichtig.....	44
Fahrplan zur Aktualisierung der Regionalbeihilfen .....	44
EU-Kartellrecht: Geldbußen gegen Orbia, Clariant und Celanese wegen Beteiligung an einem Ethylen-Kartell .....	45
EU-Kartellrecht: Kommission bittet Marktteilnehmer um Stellungnahmen im Kartellverfahren gegen Aspen.....	45
EU-Kartellrecht: Sektoruntersuchung der Kommission zum verbraucherbezogenen Internet der Dinge .....	45
EU-Kartellrecht: Schutz vertraulicher Informationen in Verfahren zur privaten Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts .....	46
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Lotos durch PKN Orlen .....	46
Vorschriften und Leitlinien für mehr Fairness bei Handelspraktiken von Online-Plattformen .....	46
Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über Postdienste .....	47
AUßENWIRTSCHAFT.....	47
EU-Indien-Gipfel: Handelspolitische Schwerpunkte .....	47
ENERGIE .....	48
EP nimmt Entschließung zur Überarbeitung der TEN-E-Verordnung an .....	48
EP nimmt Bericht für ein umfassendes europäisches Konzept für die Energiespeicherung an .....	48
Konsultation zu erneuerbarer Offshore-Energie.....	48
Fahrplan zur EU-Methan Strategie.....	49
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ</b> .....	<b>50</b>
EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMUV .....	50



UMWELT.....	50
Kommission startet Konsultation zum CO <sub>2</sub> -Grenzausgleichssystem .....	50
EU-Umweltminister: Mehrjähriger Finanzrahmen und EU-Wiederaufbauplan sollen zu Zielen des Green Deal beitragen.....	50
Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zum Schutz der Ozonschicht .....	51
Europäisches Parlament nimmt Entschließung zur geplanten Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien an .....	51
Europäischer Rechnungshof veröffentlicht Sonderbericht zu wilden Bestäubern.....	52
Öffentliche Konsultation zu den Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Böden, Wasser und biologische Vielfalt gestartet.....	52
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur EU-Methan Strategie.....	53
Kommission verabschiedet Regeln zur Funktionsweise des Modernisierungsfonds im ETS .....	53
VERBRAUCHERSCHUTZ .....	53
Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung der Regeln über Lebensmittelhygiene .....	53
EuGH-Urteil: Missbräuchliche Klauseln in Fremdwährungskreditverträgen .....	54
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN .....</b>	<b>55</b>
EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMELF .....	55
Rat führt Gedankenaustausch zur Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ .....	55
Rat führt Meinungsaustausch zur grünen Architektur der GAP .....	55
Rat stimmt Abkommen mit China zum Schutz von 100 europäischen und chinesischen geografischen Angaben zu – Wein aus Franken, Bayerisches und Münchener Bier .....	56
Öffentliche Konsultation zu den Auswirkungen der GAP auf Böden, Wasser und biologische Vielfalt gestartet .....	56
JRC startet Erhebung zu Folgen der COVID-19-Pandemie auf den gesamten Lebensmittelbereich .....	57
Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der strategischen Leitlinien für die EU-Aquakultur gestartet.....	57
Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Fischereistatistik gestartet .....	58
Kommission legt Leitlinien zum Schutz von Saisonarbeitskräften in der EU vor .....	58
ERH veröffentlicht Sonderbericht zu wilden Bestäubern.....	58
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....</b>	<b>60</b>
EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMAS .....	60
Informelle Videokonferenz der EU-Arbeits- und Sozialminister zu den Lehren aus der COVID-19- Pandemie.....	60
Kommission legt Leitlinien zum Schutz von Saisonarbeitskräften in der EU vor .....	61
EuGH zum Begriff „Arbeitgeber“ im Bereich der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.....	61
EuGH: Opferentschädigungsrichtlinie setzt keinen grenzüberschreitenden Fall voraus .....	62
Rat beschließt länderspezifische Empfehlungen zu nationaler Fiskal- und Wirtschaftspolitik.....	62



Bericht über die Anwendung der Richtlinie über Zusatzrentenansprüche veröffentlicht.....	62
Kommission stellt Leitlinien zu digitalen Kompetenzen vor.....	63
Europäisches Parlament zu den Rechten von Menschen mit geistiger Behinderung und von ihren Familien in der COVID-19-Krise .....	63
Verlängerung des unionsweiten Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen bis 2027: Beginn der Trilogverhandlungen .....	63
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>65</b>
EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMGP .....	65
Coronavirus: Annahme von befristeten Sonderregeln für die Durchführung klinischer Prüfungen.....	65
EU-Gesundheitsminister beraten über Krisenvorsorge, Arzneimittelversorgung und Digitalisierung .....	65
Coronavirus: Ratsempfehlung zur schrittweisen Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten; aktualisierte Staatenliste .....	66
Coronavirus: Kommission legt Leitlinien zum Schutz von Saisonarbeitskräften in der EU vor.....	66
Coronavirus: Kommission legt Mitteilung zur Vorbereitung auf künftige COVID-19-Ausbrüche vor.....	67
Europäisches Parlament fasst Entschließung zur Strategie der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit für die Zeit nach der Coronavirus-Pandemie .....	67
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES .....</b>	<b>69</b>
EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMD .....	69
Auswahl aus den Beiträgen zur Konsultation zum Weißbuch Künstliche Intelligenz veröffentlicht .....	69
Finale Selbsteinschätzungs-Checkliste für vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz veröffentlicht .....	70
Zwischenberichte von Expertengruppe zu Plattformökonomie .....	70
Urteil des EuGH zur Datenübermittlung in die USA .....	70
EuG-Urteil zu irischer Steuerbeihilfe an Apple .....	71



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

### DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

#### EU-Sondergipfel: Staats- und Regierungschefs erzielen Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen und den Corona-Wiederaufbaufonds

Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder haben sich am 21.07.2020 über den geplanten Wiederaufbaufonds für schwer von der Corona-Krise betroffene Staaten verständigt. Zudem haben sie eine Einigung über den Finanzrahmen bis 2027 gefunden. Insgesamt geht es um ein Volumen von etwa 1,8 Bio. €. Der EU-Gipfel zu den zukünftigen Finanzen, der bereits am 17.07.2020 begann, war damit der zweitlängste Gipfel in der Geschichte der Europäischen Union. Strittig waren v. a. die Fragen nach der Höhe des Corona-Aufbaufonds, zur Kontrolle der Hilfszahlungen sowie zu den Rückzahlungsmodalitäten der Schulden, zur „Modernisierung“ des EU-Budgets für die Zeit bis 2027 (Schwerpunktlegung der Mittel auf die einzelnen Politikfelder), zu den Rabatten auf die Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten sowie die Grundsatzfrage, ob und wie die Vergabe von EU-Geldern an rechtsstaatliche Standards geknüpft werden sollte. Zu den wesentlichen Ergebnissen für die einzelnen Geschäftsbereiche wird auf die jeweiligen Beiträge in diesem EB verwiesen.

[Schlussfolgerungen des EU-Gipfels \(17.-21.07.2020\)](#)

[Website zum EU-Gipfel mit allen wesentlichen Informationen](#)

#### Außenminister *Maas* im Europäischen Parlament: Spannungen mit der Türkei abbauen / Beziehungen mit Afrika stärken

Am 13.07.2020 stellte Bundesaußenminister *Heiko Maas* im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (kurz AFET) des Europäischen Parlaments (EP) die außenpolitischen Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft vor. Besorgt äußerte er sich über die Aktivitäten der Türkei, namentlich die illegalen Erdgasbohrungen auf zypriotischem Gebiet, Verletzungen der griechischen Grenze im Mittelmeer und Luftraum sowie die aktive militärische Rolle in den Konfliktherden Syrien und Libyen. Er erwarte von der Türkei, sich mit verbindlichen und deeskalierenden Schritten auf die politischen Leitlinien der EU zu bewegen. Zweiter Fokus solle Afrika mit einem Spitzentreffen der EU mit der Afrikanischen Union im Herbst sein. Ziel sei eine Intensivierung der politischen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Weitere Schwerpunkte stellten die Beziehungen zu China und zu Russland mit Fokus auf ein Ende der Gewalt in der Ostukraine sowie der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien dar.

[Pressemitteilung des AFET-Ausschusses des EP](#) (in englischer Sprache)





### **Verteidigungsministerin *Kramp-Karrenbauer* im Europäischen Parlament: Strategischer Kompass - europäischer Weg für Sicherheit und Verteidigung / Hybride Bedrohungen gemeinsam adressieren**

Am 14.07.2020 stellte Bundesverteidigungsministerin *Annegret Kramp-Karrenbauer* im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (kurz SEDE) des Europäischen Parlaments (EP) die Arbeitsschwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft vor. In den kommenden Monaten solle der vom Rat der EU-Verteidigungsminister vereinbarte Strategische Kompass entwickelt werden. Grundlage dafür solle eine gemeinsame Analyse der möglichen Bedrohungslagen sein. In den Fokus sollen hybride Bedrohungen wie IT-Angriffe, Desinformation oder auch weitere Szenarien wie jenes einer Pandemie rücken. Dabei seien „die fortschreitenden IT- und Informationsbeeinflussungen aus Russland“ zu benennen. Auch sollen die Erfahrungen aus COVID-19 berücksichtigt werden. Weitere Schwerpunkte sollen auf der Rolle der EU in der NATO sowie auf gemeinsame Projekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit gelegt werden. Die Ministerin betonte, dass der Leitgedanke „Ein starkes Europa in der Welt“ klar mit Handlungsfähigkeit untermauert sein müsse.

[Pressemitteilung des SEDE-Ausschusses des EP](#) (in englischer Sprache)

## **EUROPÄISCHES PARLAMENT**

### **Europäisches Parlament kritisiert Ergebnisse des EU-Gipfels vom 17.–21.07.2020 und fordert Nachbesserungen an zentralen Punkten**

Auf einer am 23.07.2020 einberufenen Sonderplenarsitzung kommentierten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Einigung des EU-Gipfels vom 17.07.2020 - 21.07.2020 über die EU-Finanzierung und den Corona-Aufbauplan. Der Aufbaufonds sei ein "historischer Schritt", aber langfristige EU-Prioritäten wie der Grüne Deal und die Digitale Agenda seien gefährdet. Der Gipfelbeschluss müsse an zentralen Punkten (u. a. Stärkung der Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit) nachgebessert werden, so die Abgeordneten in ihrer von einer breiten Mehrheit mitgetragenen Entschließung (EVP, S&D, Renew, Grüne und Linke) zu den Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates, die mit 465 Stimmen, bei 150 Gegenstimmen und 67 Enthaltungen angenommen wurde. Die Abgeordneten bekräftigen darin auch, dass das Parlament seine Zustimmung zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR 2021 - 2027) nicht ohne eine Einigung über die Reform des Eigenmittelsystems der EU geben wird (siehe hierzu auch Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Text der Entschließung](#)

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zur Debatte](#)



## Europäisches Parlament gibt Mitglieder der neuen Sonderausschüsse und des neuen Unterausschusses bekannt

Am 10.07.2020 hat das Europäische Parlament (EP) die Mitglieder der neuen Sonderausschüsse sowie des neuen ständigen Unterausschusses bekanntgegeben:

- Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren beim Transport (kurz ANIT: Protection of Animals during Transport), 30 Mitglieder, davon drei bayerische Mitglieder: *Marlene Mortler* (EVP), *Maria Noichl* (S&D) und *Sylvia Limmer* (ID).
- Sonderausschuss zur künstlichen Intelligenz im digitalen Zeitalter (kurz AIDA: Artificial Intelligence in a Digital Age), 33 Mitglieder, davon fünf deutsche Mitglieder: *Axel Voss* (EVP), *Svenja Hahn* (Renew), *Birgit Sippel* (S&D), *Alexandra Geese* (Grüne) und *Christine Anderson* (ID).
- Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung (kurz BECA: Beating Cancer), 33 Mitglieder, davon ein deutsches Mitglied: *Peter Liese* (EVP).
- Sonderausschuss zur Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (kurz INGE: l'ingérence étrangère), 33 Mitglieder, davon zwei deutsche Mitglieder: *Sabine Verheyen* (EVP) und *Viola von Cramon-Taubadel* (Grüne).
- Ständiger Unterausschuss für Steuerfragen (kurz FISC: affaires fiscales), 30 Mitglieder, davon *Markus Ferber* (EVP) als bayerisches und *Sven Giegold* (Grüne) und *Martin Schirdewan* (Linke) als deutsche Mitglieder.

Diese fünf Gremien wurden am 19.06.2020 mit großer Mehrheit der Europaabgeordneten aufgestellt. Die Arbeit der vier Sonderausschüsse ist zunächst auf die Dauer von zwölf Monaten begrenzt. Die stellvertretenden Mitglieder wie auch die jeweiligen Vorsitzenden werden noch gewählt. Nach Angaben der EVP wird die bayerische Abgeordnete *Angelika Niebler* stellvertretendes Mitglied des AIDA.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Liste der Vollmitglieder der neuen Sonderausschüsse](#) (in englischer Sprache)

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

### Zukünftige Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich: Zweite Verhandlungsrunde nach dem Auslaufen der Verlängerungsoption des Übergangsabkommens erneut ohne echte Fortschritte

Vom 20.07.2020 - 23.07.2020 fand die zweite formelle Verhandlungsrunde der Chefunterhändler nach dem Auslaufen der Verlängerungsoption (Stichtag war der 30.06.2020) des Übergangsabkommens (endet mit dem 31.12.2020) statt. Dabei konnte EU-Chefunterhändler *Michel Barnier* nach eigenen Angaben mit seinem englischen Verhandlungspartner *David Frost* insbesondere in den Bereichen Waren und Dienstleistungen, Transport und Energie, gemeinsamer Rechtsrahmen, soziale Absicherung sowie polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit erstmals Annäherungen erzielen. Echte Fortschritte blieben jedoch aus, zumal weiterhin in



den zentralen Bereichen „faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen“ sowie „Nordseefischerei“ kein Ansatz für eine mögliche Annäherung besteht. *Barnier* zeigte sich besorgt, dass zum 01.01.2021 keine hinreichenden Vereinbarungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich bestehen könnten. Die Diskussionen sollen unvermindert fortgeführt werden und Mitte August eine weitere formelle Verhandlungsrunde stattfinden.

[Presseerklärung des EU-Chefunterhändlers am Ende der Verhandlungsrunde](#) (in englischer Sprache)

### **EU-Indien-Gipfel: Viele Gemeinsamkeiten / regelmäßiger Dialog auf Ministerebene vereinbart**

Am 15.07.2020 fand der 15. EU-Indien-Gipfel im Format einer Videokonferenz statt. Für die EU haben Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und Ratspräsident *Charles Michel* die Konferenz mit Indiens Premierminister *Shri Narendra Modi* geführt. Die Gesprächsthemen umfassten insbesondere „COVID-19 und Gesundheitsvorsorge“, „Handelsbeziehungen und Konnektivität einschließlich Weiterentwicklung der WTO“ sowie „Klima- und Umweltschutz“. In den drei Themenfeldern bestehen zwischen der EU und Indien große Übereinstimmungen und gemeinsame Vorstellungen. Die Zusammenarbeit soll möglichst ausgebaut werden: U. a. soll ein regelmäßiger hochrangiger Dialog auf Ministerebene zur Handelspolitik folgen, eine sog. Konnektivitäts-Vereinbarung geprüft sowie eine partnerschaftliche Vorbereitung für eine erfolgreiche UN-Biodiversitätskonferenz 2021 in die Wege geleitet werden.

[Tagungsseite des Rats zum EU-Indien-Gipfels](#)

[13 Punkte-Erklärung des Gipfels](#) (in englischer Sprache)

[EU-Indien-Roadmap 2025](#) (in englischer Sprache)

[Gemeinsame Erklärung zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft](#) (in englischer Sprache)

### **Außenminister-Treffen zu aktuellen außenpolitischen Themen**

Am 13.07.2020 haben sich die Außenminister der 27 EU-Mitgliedstaaten unter deutschem Vorsitz, vertreten durch Bundesminister *Heiko Maas*, gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, *Josep Borrell* über die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Serbien und dem Kosovo, die Eingriffe Chinas in die Sonderzone Hongkong, die Sicherheitslage in Libyen, die Corona-Pandemie in Lateinamerika und der Karibik sowie die angespannte Lage in Venezuela beraten. Schwerpunkt des Austausches waren aber die Spannungen in den EU-Türkei-Beziehungen durch die rechtswidrigen Erdgasbohrungen der Türkei im Mittelmeer (siehe hierzu weiteren Beitrag in dieser Rubrik), die türkischen Militäraktionen in Libyen sowie die Entscheidung der Türkei, die Hagia Sophia wieder in eine Moschee umzuwandeln. Die Minister sind über diesen Konfrontationskurs sehr besorgt und haben den Hohen Vertreter beauftragt, rasch alle Wege für eine Beruhigung zu prüfen.

[Tagungsseite des Rats in der Formation Auswärtige Angelegenheiten](#)



### Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei über Rechte im Mittelmeer eskalieren

Die seit Anfang des Jahres bestehenden Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei betreffend Territorialitätsansprüche im Mittelmeer sind in der Woche ab dem 20.07.2020 eskaliert. Die Türkei möchte vor der griechischen Insel Kastellorizo – die sich nur drei Kilometer südlich des türkischen Festlandes befindet – nach Erdgas suchen, wie Staatspräsident *Recep Tayyip Erdogan* bereits am 16.01.2020 angekündigt hatte. Nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen kann Griechenland aber eine „ausschließliche Wirtschaftszone“ von einer Breite von 200 Seemeilen um die Insel herum beanspruchen. Am 20.07.2020 ließ *Erdogan* 15 Kriegsschiffe auslaufen, woraufhin Griechenland seine Armee in die höchste Alarmbereitschaft versetzte; einen Tag später überflogen türkische Kampfflugzeuge die Insel Kastellorizo. Nach Medienberichten telefonierte Bundeskanzlerin *Angela Merkel* in der Folge sowohl mit *Erdogan* als auch mit dem griechischen Ministerpräsidenten *Kyriakos Mitsotakis*. Die Eskalation konnte vorerst beigelegt werden. Im östlichen Mittelmeer (Levantisches Meer) weisen geologische Untersuchungen auf große Mengen Erdgas und Erdöl hin, die den Energiebedarf der Region wohl dauerhaft decken könnten. Die Türkei führt daher intensive Erdgas-Erkundungen ungeachtet der jeweiligen Hoheitsgebiete durch, z. B. auch an der Südküste Kretas, und treibt unweit von Zypern bereits Erdgasbohrungen voran.

[Artikel in der F.A.Z. vom 22.07.2020](#)

[Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen](#)

### Präsidentenwahl in Polen: Amtsinhaber *Duda* gewinnt knapp

Der amtierende Präsident der Republik Polen, *Andrzej Duda*, hat die Stichwahl der polnischen Präsidentenwahl vom 12.07.2020 mit 51 zu 49 % äußerst knapp vor seinem Herausforderer, dem Warschauer Bürgermeister *Rafał Trzaskowski* von der bürgerlich-liberalen Bürgerplattform, gewonnen. Letztere hat die Wahl vor dem Obersten Gericht angefochten unter Verweis u. a. darauf, dass die Wahlunterlagen verspätet an Auslandspolen versandt worden seien; auch die OECD erklärte, die Wahl „weise den Makel“ parteiischer Berichterstattung in den staatlichen Medien auf. *Trzaskowski* erklärte unterdessen, er werde eine Bürgerbewegung mit dem Namen „Nowa solidarność“ in Anlehnung an den Namen der berühmten Gewerkschaft gründen, um bei den nächsten Parlamentswahlen in drei Jahren einen Machtwechsel herbeizuführen.

[Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung vom 13.07.2020, vom 19.07.2020](#)

[Artikel von Euronews vom 16.07.2020](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### COVID-19

#### Ratsempfehlung zur schrittweisen Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten; aktualisierte Staatenliste

Am 16.07.2020 nahm der Rat der Europäischen Union mehrheitlich eine turnusgemäß aktualisierte Empfehlung zur schrittweisen, koordinierten Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten an (Fortsetzung zu EB 12/20). Basierend auf den bereits festgelegten objektiven Kriterien erfolgte insbesondere eine Aktualisierung der Liste einreiseberechtigter Drittstaaten, die sich nunmehr von ursprünglich 14 (bzw. 15) begünstigten Drittstaaten auf nur noch 12 (bzw. 13) begünstigte Drittstaaten verringerte, nämlich: Algerien, Australien, Kanada, Georgien, Japan, Marokko, Neuseeland, Ruanda, Südkorea, Thailand, Tunesien, Uruguay sowie China (vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit). Serbien und Montenegro hingegen wurden gegenüber der ersten Ratsempfehlung vom 30.06.2020 wieder von der Liste gestrichen. Die Staatenliste soll weiterhin alle zwei Wochen überprüft werden.

Deutschland setzt die rechtlich nicht verbindliche Ratsempfehlung national dergestalt (restriktiver) um, dass seit dem 17.07.2020 nur noch sieben Drittstaaten auf der Positivliste stehen, nämlich Australien, Georgien, Kanada, Neuseeland, Thailand, Tunesien und Uruguay. Einreisen aus Montenegro werden nur noch aus wichtigem Grund zugelassen (siehe hierzu Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rats der EU vom 16.07.2020](#)

[Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 16.07.2020](#)

### EU-SONDERGIPFEL

#### Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMI

Aus dem Geschäftsbereich des StMI sind folgende Punkte von besonderem Interesse:

1. Zum Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“: 1,9 Mrd. € sollen für das Programm rescEU bereitgestellt werden.
2. Zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021 - 2027:
  - Unter dessen Rubrik 2 „Zusammenhalt, Resilienz und Werte“ entfallen 1,1 Mrd. € auf das Programm rescEU.
  - Dessen Rubrik 4 „Migration und Grenzmanagement“ wird mit knapp 22,7 Mrd. € insgesamt ausgestattet, davon entfallen auf den Asyl- und Migrationsfonds 8,7 Mrd. €, auf den Fonds für integriertes Grenzmanagement 5,5 Mrd. €. Die Gesamtmittelausstattung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache soll knapp 5,2 Mrd. € betragen.



- Auf die Rubrik 5 „Sicherheit und Verteidigung“ entfallen knapp 13,2 Mrd. € insgesamt, davon profitiert der Fonds für die innere Sicherheit mit 1,7 Mrd. €. Der Betrag für Europol wird real um mindestens 10 % über dem Niveau von 2020 liegen.

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 21.07.2020](#)

## DATENSCHUTZ

### Urteil des EuGH zur Datenübermittlung in die USA

In der Rechtssache C-311/18 zur Datenübermittlung in die USA (über Facebook Ireland an Server der Facebook Inc. in den USA) hat der EuGH am 16.07.2020 das Urteil erlassen. Der EU-US Privacy Shield (Beschluss 2016/1250) wurde darin für ungültig erklärt. Der Beschluss 2010/87 der Kommission über Standard-Schutzklauseln hingegen sei gültig.

Personenbezogene Daten dürfen gemäß der Datenschutz-Grundverordnung nur dann in ein Drittland übermittelt werden,

- wenn das betreffende Land ein angemessenes Schutzniveau gewährleistet, was über einen Angemessenheitsbeschluss der Kommission festgestellt wird.
- In Ermangelung eines solchen Angemessenheitsbeschlusses darf die Datenübermittlung nur erfolgen, wenn der in der Union ansässige Datenexporteur geeignete Garantien vorsieht, die sich aus Standard-Schutzklauseln ergeben können, und wenn die betroffenen Personen über durchsetzbare Rechte und wirksame Rechtsbehelfe verfügen.

Zum EU-US Privacy-Shield-Beschluss (Angemessenheitsbeschluss) stellt der EuGH fest, dass dieser – ebenso wie die Safe-Harbor-Entscheidung 2000/520 – den Erfordernissen der nationalen Sicherheit, des öffentlichen Interesses und der Einhaltung amerikanischen Rechts Vorrang einräumt. Amerikanische Behörden dürften auf übermittelte Daten zugreifen, die amerikanischen Überwachungsprogramme seien nicht auf das zwingend erforderliche Maß beschränkt. Den betroffenen Personen würden auch keine Rechte verliehen, die gegenüber amerikanischen Behörden gerichtlich durchgesetzt werden könnten. Daher sei der EU-US Privacy Shield ungültig. Eine DSGVO-konforme Übermittlung personenbezogener Daten an US-amerikanische Stellen allein gestützt auf den EU-US Privacy Shield ist daher nicht mehr möglich.

Nach Ansicht des EuGH habe die Prüfung des Beschlusses 2010/87 über Standardvertragsklauseln hingegen nichts ergeben, was seine Gültigkeit berühren könne. Die Aufsichtsbehörden seien aber verpflichtet, eine darauf basierende Übermittlung personenbezogener Daten in ein Drittland auszusetzen oder zu verbieten, wenn sie der Auffassung seien, dass die Standard-Schutzklauseln in diesem Land nicht eingehalten werden (können).

Kommissionsvizepräsidentin *Jourová* und EU-Justiz-Kommissar *Reynders* betonten in einer gemeinsamen Pressekonferenz, man werde die Arbeit fortsetzen, um den sicheren Datenfluss im Einklang mit dem EuGH-Urteil, unter Achtung des EU-Rechts und im Einklang mit den Grundrechten der Bürger zu gewährleisten. U. a.





werde man mit den nationalen Datenschutzbehörden zusammenarbeiten, um eine rasche und koordinierte Reaktion auf das Urteil zu gewährleisten. Dies sei unerlässlich, um den europäischen Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen Rechtssicherheit zu geben (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ sowie des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung des EuGH vom 16.07.2020](#)

[Statements der EU-Kommissare Jourova und Reynders vom 16.07.2020](#) (in englischer Sprache)

## MIGRATION

### Konferenz mit nordafrikanischen Staaten zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität

Am 13.07.2020 fand auf Einladung Italiens eine (anlässlich des informellen Rats der EU-Innenminister am 07.07.2020 angekündigte) Videokonferenz mit den nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Mauretanien statt. An der Videokonferenz nahmen neben EU-Innenkommissarin *Johansson* die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten Frankreich, Spanien, Deutschland und Malta teil. Thema war die gemeinsame Bekämpfung der Schleuserkriminalität. Die EU leiste bereits große Unterstützung über Mittel des EU Trust Fund for Africa sowie über regionale Programme. Dennoch bedürfe die Zusammenarbeit verbesserter Koordinierung. So sollen die EU-Agenturen Frontex, Europol und CEPOL künftig mit nordafrikanischen Partnern kooperieren können, außerdem bedürfe es einer Offensive gegen Desinformation seitens der kriminellen Schleuser-Netzwerke.

Ziel der Kommission ist nun, mit jedem der nordafrikanischen Staaten bilaterale Partnerschaften zu erarbeiten, die nicht auf die Bekämpfung der Schleuserkriminalität beschränkt sein sollen, sondern vielmehr auch die Themen Fluchtursachenbekämpfung sowie legale Migration umfassen. Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitstaaten sollen ein essentieller Teil des für September angekündigten Kommissionsvorschlags für einen neuen europäischen Asyl- und Migrationspakt sein.

Eine ähnliche Konferenz fand am 22. und 23.07.2020 auf Einladung Österreichs mit den Westbalkanstaaten statt, um die operative Zusammenarbeit im Kampf gegen irreguläre Migration zu stärken. Ein besonderer Fokus lag dabei auf den Bereichen Grenzmanagement, Rückkehrprogrammen und dem Kampf gegen Schleuserkriminalität. Vertreter von EASO und Frontex wohnten der Konferenz ebenso bei wie die EU-Kommissare *Schinas* und *Várhelyi* (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 13.07.2020](#)

[Eingangsstatement der EU-Kommissarin Johansson vom 13.07.2020](#) (in englischer Sprache)

### Konferenz mit Westbalkanstaaten zur Bekämpfung irregulärer Migration an den östlichen Mittelmeerrouten

Am 22. und 23.07.2020 fand angesichts wieder steigender Asylzahlen auf Einladung Österreichs eine (anlässlich des informellen Rats der EU-Innenminister am 07.07.2020 angekündigte) zweitägige Konferenz mit



den Westbalkanstaaten zur Bekämpfung irregulärer Migration an den östlichen Mittelmeerrouten statt. Themenschwerpunkte waren Grenzschutz, Rückführungen, Schlepperbekämpfung sowie Asylverfahren.

Insgesamt nahmen an der Konferenz 20 hochkarätige Regierungs- und Kommissionsvertreter teil, darunter Deutschland, Griechenland, Slowenien, Kroatien, sowie die EU-Kommissare *Schinus* und *Várhelyi*. Auch EASO und Frontex waren vertreten. Gastgeber Österreich verstand sich hierbei als Brückenbauer zum Westbalkan.

Konkretes Ergebnis der Konferenz war eine Wiener Erklärung zur Einrichtung einer Koordinierungsplattform mit Sitz in Wien. Sie soll künftig die Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten einerseits und diejenigen der Westbalkanstaaten andererseits in den Bereichen Grenzschutz, Rückführungen, Kampf gegen die organisierte Kriminalität und Schleuserkriminalität sowie effiziente Asylverfahren koordinieren, bestehende Strukturen zusammenführen, Wissen und Erfahrungen bündeln, Defizite erkennen und Lösungen zuführen. Im Herbst sollen erste konkrete Maßnahmen besprochen werden. Die Koordinierungsplattform soll dabei explizit keine neue Agentur sein und keine Doppelstrukturen schaffen. Im Vordergrund stehe der Erfahrungsaustausch, die Plattform könne auch als Frühwarnsystem dienen.

Am 13.07.2020 fand eine ähnliche Konferenz auf Einladung Italiens mit den nordafrikanischen Staaten statt (siehe hierzu gesonderten Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung des österreichischen Bundesministeriums des Innern vom 22.07.2020](#)

## INTEGRATION

### Öffentliche Konsultation zur Förderung der Integration von Migranten

Am 22.07.2020 veröffentlichte die Kommission eine EU-weite Konsultation zu möglichen neuen Maßnahmen auf EU-Ebene zur Förderung der Integration von Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund. Zugleich startete sie einen Aufruf zu Bewerbungen für eine neu einzurichtende Expertengruppe, bestehend aus Menschen mit Migrationshintergrund, die die Politikfelder Migration, Asyl und Integration mitgestalten und umsetzen soll. Damit soll sichergestellt sein, dass die jeweiligen Politiken bedarfsgerechter ausgestaltet werden. Nationale, regionale und lokale Behörden sind ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen und Privatpersonen dazu aufgerufen, sich an der öffentlichen Konsultation zu beteiligen. Die Ergebnisse der Konsultation werden in einem Aktionsplan der Kommission zu Integration und Inklusion berücksichtigt werden. Die Möglichkeit, sich an der Konsultation zu beteiligen, besteht bis 21.10.2020. Bewerbungen für die Expertengruppe der Kommission können bis 21.09.2020 eingereicht werden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 22.07.2020](#)

[Öffentliche Konsultation zur Integration von Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund](#) (nur nach Registrierung)

[Bewerbungsformular für Expertengruppe der Kommission](#)





## VISA

### Westbalkan sowie Georgien, Moldau und Ukraine profitieren weiterhin von der Visaliberalisierung

Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien, ebenso wie Georgien, Moldau und die Ukraine erfüllen weiterhin die Kriterien, die notwendig sind, um die Visaliberalisierungsvorschriften zu erfüllen. Das hat die Kommission am 10.07.2020 in ihrem dritten Bericht im Rahmen des Visa-Aussetzungsmechanismus festgestellt. Mit dem vorgelegten Bericht kommt die Kommission ihrer Verpflichtung nach, die kontinuierliche Einhaltung der Visaliberalisierungsvorschriften durch Drittländer zu überprüfen und dem Europäischen Parlament und dem Rat mindestens einmal jährlich zu berichten.

Die begutachteten visabefreiten Staaten arbeiteten weiter daran, Defizite in den Bereichen irreguläre Migration und Grenzschutz anzugehen. Insbesondere Korruption auf höchster Ebene bleibe in allen begutachteten Staaten ein Problem, insbesondere aber in Moldau und der Ukraine.

[Pressemitteilung der Kommission vom 10.07.2020](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### EU-SONDERGIPFEL

#### Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMB

Aus dem Geschäftsbereich des StMB sind folgende Punkte von besonderem Interesse: Die Finanzausstattung zur Umsetzung der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) 2021-2027 soll laut Schlussfolgerungen des EU-Sondergipfels um 1,5 Mrd. € aufgestockt werden. Auf den Verkehrsbereich entfallen rund 28,4 Mrd. €, wovon 10 Mrd. € aus dem Kohäsionsfonds für die Kohäsionsländer bereitgestellt werden sollen. Rund 1,4 Mrd. € sollen zum Beispiel für Lückenschließungen bei grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen zwischen den Kohäsionsländern verwendet werden. Zudem soll die militärische Mobilität gefördert werden. Ferner belaufen sich die Ausgaben zur Umsetzung des Programms „Digitales Europa“ 2021-2027 auf rund 6,8 Mrd. €. Nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs müssen den Ausgabenprogrammen das Europäische Parlament und die Parlamente der 27 EU-Mitgliedstaaten zustimmen. Das Verfahren muss bis Dezember 2020 abgeschlossen werden, damit die Mittel ab 2021 ohne Verzögerungen fließen können.

[Übersicht zum EU-Sondergipfel](#)

[Schlussfolgerungen des EU-Sondergipfels](#) (in englischer Sprache)

### COVID-19

#### Kommission leitet Befragung zu Leistungs- und Gebührenregelungen für den einheitlichen europäischen Luftraum ein

Am 10.07.2020 hat die Kommission eine Befragung zum Entwurf der Durchführungsverordnung zur Umsetzung der Sondermaßnahmen (2020-2024) bei den Leistungs- und Gebührenregelungen für den einheitlichen europäischen Luftraum nach der Durchführungsverordnung (EG) 2019/317 eingeleitet. Bis zum 07.08.2020 können sich Interessierte zu den Sondermaßnahmen hinsichtlich einer Anpassung des Leistungs- und Entgeltsystems äußern. Bereits am 29.04.2020 hatte die Kommission aufgrund der COVID-19-Pandemie ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Verkehrs vorgelegt, das am 27.05.2020 in Kraft trat (EB 09/20).

[Veröffentlichung der Kommission zum Leistungssystem im Luftverkehr](#)

[Durchführungsverordnung \(EG\) 2019/317 zum Leistungssystem im Luftverkehr](#)

### VERKEHRSINFRASTRUKTUR

#### Kommission fördert 140 Verkehrsprojekte mit 2,2 Mrd. € unter der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF)

Am 16.07.2020 gab die Kommission die Auswahl von 140 Verkehrsprojekten unter der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) bekannt, davon zehn Projekte aus dem Projektaufruf zur Mischfinanzierung („*CEF Blending*“).



Facility“), die mit insgesamt rund 2,2 Mrd. € gefördert werden sollen. Bis zum 26.02.2020 hatten Antragsteller Gelegenheit, sich um EU-Fördermittel für Projekte zur Förderung nachhaltiger Mobilität und zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen in der EU zu bewerben (EB 19/19).

Schwerpunkt bilden 55 Schienenverkehrsprojekte, die EU-Mittel in Höhe von 1,6 Mrd. € erhalten sollen. Hierzu zählen u. a. Studien für den Brenner-Nordzulauf zwischen München und Radfeld in Österreich (50 % der 28,64 Mio. € förderfähigen Gesamtkosten) sowie zum Brenner-Basistunnel (50 % der 66 Mio. € förderfähigen Gesamtkosten). Darüber hinaus soll zur Verbesserung des Schienengüterverkehrs mit Tschechien der Bahnhof Bad Schandau Ost in Sachsen (20 % der 40,77 Mio. € förderfähigen Gesamtkosten) modernisiert werden. Ferner werden neun Projekte mit 49,8 Mio. € zur Umsetzung des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS) gefördert.

Im Rahmen des nachhaltigen Donauausbaus („FAIRway Danube“) werden EU-Mittel für Wasserstraßen (40 % der 42,58 Mio. € förderfähigen Gesamtkosten), für vorbereitende Untersuchungen (50 % der 2,1 Mio. € förderfähigen Gesamtkosten) und zur Erfolgskontrolle (85 % der 1,8 Mio. € förderfähigen Gesamtkosten) zur Verfügung gestellt. Des Weiteren werden 19 Projekte zu alternativen Kraftstoffen mit 142 Mio. € gefördert, die sowohl den Umbau von Hafenanlagen für die Betankung von Schiffen mit flüssigem Erdgas (LNG) als auch die Errichtung von 17.275 Ladestationen umfassen.

Nach Zustimmung der EU-Mitgliedstaaten zur Projektauswahl der Kommission wird die Exekutivagentur für Innovation und Netzwerke (INEA) die Zuschussvereinbarungen mit den Projektbegünstigten bis spätestens Januar 2021 unterzeichnen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht zu den Förderprojekten](#) (in englischer Sprache)

## STRAßENVERKEHR

### Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stimmt für Abschaffung von Messtoleranzen bei der Prüfung von Emissionsgrenzwerten

Am 14.07.2020 hat der Umweltausschuss (ENVI) des Europäischen Parlaments (EP) im Rahmen der Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen den geänderten Bericht, der auch die Abschaffung von Messtoleranzen bei der Prüfung von Emissionsgrenzwerten unter realen Fahrbedingungen vorsieht („*real-driving emissions*“, kurz RDE), mit 55 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen angenommen (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Bereits am 11.12.2019 hatte der Rat seinen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission vom 14.06.2019 gefasst, der Messtoleranzen berücksichtigt (EB 22/19).

Der Vorschlag war notwendig geworden, nachdem das Gericht der EU am 13.12.2018 die einschlägige Verordnung teilweise für nichtig erklärt hatte, da nach Auffassung des Gerichts nur das EP und der Rat als Gesetzgeber die Übereinstimmungsfaktoren, die bei der RDE-Messung anzuwenden sind, einführen dürfen.



Die Kommission hatte Messtoleranzen berücksichtigt, da die mobilen Geräte zur RDE-Messung in Wiederholbarkeit und Zuverlässigkeit von Laborgeräten abweichen können. Nach dem Willen des ENVI soll es ab dem 01.10.2022 keine Messtoleranzen mehr geben.

Über den Bericht des ENVI soll in der Plenarsitzung vom 14.-17.09.2020 abgestimmt werden. Danach können die Verhandlungen mit dem Rat beginnen, die noch unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bis Ende 2020 abgeschlossen werden sollen.

[Pressemitteilung des ENVI](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag zur Anpassung der Verordnung \(EG\) Nr. 715/2007](#)

[Hintergrundinformationen zum Gesetzgebungsverfahren](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission leitet zwei Befragungen zur Fahrzeugsicherheit ein**

Am 14.07.2020 hat die Kommission zwei Befragungen zur Fahrzeugsicherheit eingeleitet. Bis zum 11.08.2020 können sich Interessierte zum Entwurf der Durchführungsverordnung zu den technischen Anforderungen bei der überarbeiteten Verordnung (EU) 2019/2144 über die allgemeine Fahrzeugsicherheit äußern, die im Juli 2022 in Kraft treten wird. Zum anderen besteht die Möglichkeit, der Kommission Anmerkungen bis zum 11.08.2020 zum Entwurf der Durchführungsverordnung zur Festlegung von Regeln für den Online-Datenaustausch und die Meldung von EU-Typgenehmigungen gemäß Verordnung (EU) 2018/858 zu übermitteln. Die Annahme der Durchführungsverordnung zu den technischen Anforderungen durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2020 geplant.

[Veröffentlichung der Kommission zur allgemeinen Fahrzeugsicherheit](#)

[Verordnung \(EU\) 2019/2144 zur allgemeinen Fahrzeugsicherheit](#)

[Veröffentlichung der Kommission zur Fahrzeugsicherheits-/Umweltzertifizierung](#)

[Verordnung \(EU\) 2018/858 zur Typgenehmigung](#)

## **GÜTERVERKEHR**

### **Europäisches Parlament nimmt Verordnung über elektronische Frachtbeförderungsinformationen formal an**

Am 08.07.2020 hat das Europäische Parlament (EP) die Verordnung über elektronische Frachtbeförderungsinformationen aus dem dritten Mobilitätspaket ohne Änderungsanträge formal angenommen. Bereits am 07.04.2020 hatte der Rat der Verordnung im schriftlichen Verfahren zugestimmt (EB 07/20). Damit wird ein einheitlicher Rechtsrahmen für die Verwendung elektronischer Frachtbeförderungsinformationen bei allen Verkehrsträgern geschaffen. Die zuständigen Behörden werden dazu verpflichtet, die von Unternehmen auf zertifizierten Plattformen elektronisch bereitgestellten Informationen zu akzeptieren. Die Unternehmen können jedoch diese auch in Papierform vorlegen. Nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt tritt die Verordnung 20 Tage später in Kraft. Die Kommission möchte die einschlägigen



technischen Spezifikationen annehmen, bevor die Verpflichtung der Behörden zur Annahme elektronischer Frachtbeförderungsinformationen in Kraft tritt.

[Legislative Entschließung des EP](#)

[Text der Verordnung über elektronische Frachtbeförderungsinformationen](#)

## SCHIFFSVERKEHR

### Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stimmt für Eingliederung des Schiffsverkehrs in das Emissionshandelssystem der EU

Am 07.07.2020 hat der Umweltausschuss (ENVI) des Europäischen Parlaments (EP) für den Berichtsentwurf zur Eingliederung des Schiffsverkehrs in das Emissionshandelssystem der EU (EHS) gestimmt. Der ENVI möchte im Rahmen der Aktualisierung der Verordnung (EU) 2015/757 über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr den EU-Vorschriften mehr Gewicht verleihen. Darüber hinaus wird im Bericht gefordert, dass die Reedereien ihre durchschnittlichen Emissionen bis 2030 jedes Jahr um 40 % reduzieren sollen. Bei einem Verfehlen der Ziele soll die Kommission finanzielle Sanktionsmöglichkeiten erhalten. Auch die Kommission hat sich mit dem „Green Deal“ für eine Ausweitung des EU-EHS auf den Seeverkehrssektor ausgesprochen. Über den Bericht des ENVI könnte in der nächsten Plenarsitzung vom 14.-17.09.2020 abgestimmt werden.

[Berichtsentwurf des ENVI zum Schiffsverkehr](#)

[Verordnung \(EU\) 2015/757 zu Kohlendioxidemissionen im Seeverkehr](#)

[Hintergrundinformationen zu Emissionen im Seeverkehr](#) (in englischer Sprache)

## LUFTVERKEHR

### Kommission leitet zwei Befragungen zur Luftverkehrssicherheit ein

Am 15.07.2020 hat die Kommission zwei Befragungen zur Luftverkehrssicherheit eingeleitet. Bis zum 12.08.2020 können sich Interessierte zum Entwurf der Durchführungsverordnung zu den technischen Anforderungen bei der Umsetzung des Systems der Risikoklassifizierung sowie zum Entwurf einer delegierten Verordnung zum Risikobegriff gemäß der Verordnung (EU) Nr. 376/2014 äußern. Die Annahme der Durchführungsverordnung zu den technischen Anforderungen durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2020 geplant.

[Veröffentlichung der Kommission zur Risikoklassifizierung](#)

[Veröffentlichung der Kommission zum Risikobegriff](#)

[Verordnung \(EU\) Nr. 376/2014 zu Ereignissen in der Zivilluftfahrt](#)



### Kommission leitet Befragung zu Computerreservierungssystemen im Luftverkehr ein

Am 09.07.2020 hat die Kommission eine Befragung zum Fahrplan für die Folgenabschätzung einer Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 80/2009 über einen Verhaltenskodex in Bezug auf Computerreservierungssysteme (CRS) im Luftverkehr eingeleitet. Bis zum 03.09.2020 können sich Interessierte zum Fahrplan und zu den EU-Vorschriften über den Vertrieb von Flugscheinen über CRS äußern. Im Anschluss soll eine öffentliche Konsultation folgen. Mit einer Annahme durch die Kommission wird nicht vor Ende 2021 gerechnet.

[Veröffentlichung der Kommission zu CRS](#)

[Verordnung \(EG\) Nr. 80/2009 zu CRS](#)

## BAUEN UND WOHNEN

### Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für Mai 2020 in der EU

Am 17.07.2020 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für Mai 2020 veröffentlicht (EB 12/20). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber Mai 2019 um -10,3 %. Die Bautätigkeit nahm im Hochbau um -11,6 % und im Tiefbau um -4,1 % ab. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Rumänien (+14,6 %), Finnland (+4,1 %) und Deutschland (+1,7 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in Spanien (-24,4 %), Frankreich (-24,0 %) und Ungarn (-20,1 %).

[Pressemitteilung von Eurostat](#)

### Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im ersten Quartal 2020 in der EU

Am 08.07.2020 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) den Hauspreisindex (HPI) für das erste Quartal 2020 veröffentlicht (EB 07/20). Danach stiegen in der EU-27 die Hauspreise gegenüber dem ersten Quartal 2019 um +5,5 %. Dies entspricht dem höchsten jährlichen Anstieg seit dem zweiten Quartal im Jahr 2007. Die größten Zuwächse der Hauspreise verzeichneten Luxemburg (+14,0 %), die Slowakei (+13,1 %), Estland (+11,5 %), Polen (+11,3 %) und Portugal (+10,3 %), während der einzige Rückgang in Ungarn (-1,2 %) registriert wurde. In Deutschland stiegen die Hauspreise um +6,8 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### **Kommission veröffentlicht EU-Justizbarometer 2020**

Am 10.07.2020 veröffentlichte die Kommission das EU-Justizbarometer 2020. Die Ergebnisse des Justizbarometers werden in den ersten jährlichen Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit einfließen, der im September dieses Jahres veröffentlicht werden soll. Ziel des Justizbarometers ist es, objektive und vergleichbare Daten zu einer Reihe von Indikatoren zu liefern, die für die Bewertung der Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in allen Mitgliedstaaten relevant sind. Die Effizienz wird u. a. an der Dauer der Gerichtsverfahren und daran gemessen, wie viele Verfahren in einem Jahr abgeschlossen werden. Dabei ist bei den meisten Mitgliedstaaten ein positiver Trend zu beobachten. Anders bei der wahrgenommenen Unabhängigkeit der Justiz. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr in einigen Mitgliedstaaten zurückgegangen, wobei politischer Druck als Hauptgrund dafür angegeben wird. Da das Justizbarometer 2020 den Zeitraum 2012 - 2019 abdeckt, sind die Folgen der COVID-19-Krise darin nicht erfasst.

[Pressemitteilung der Kommission vom 10.07.2020](#)

[Zum Justizbarometer 2020](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission startet Konsultationen zum Europäischen Aktionsplan für Demokratie**

Am 15.07.2020 startete die Kommission öffentliche Konsultationen zum Europäischen Aktionsplan für Demokratie. Rückmeldungen können bis 15.09.2020 gegeben werden. Die Kommission beabsichtigt, den Aktionsplan Ende des Jahres 2020 vorzulegen. Ziel des Europäischen Aktionsplans für Demokratie ist es, sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger durch eine informierte Entscheidungsfindung frei von Einmischung und Manipulation am demokratischen System teilhaben können. Die Konsultationen finden zu drei Schlüsselthemen statt:

- Wahlintegrität und die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass die Wahlsysteme frei und fair sind;
- Stärkung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus;
- Bekämpfung von Desinformation.

Darüber hinaus befasst sich die Konsultation auch mit der Querschnittsfrage der Unterstützung der Zivilgesellschaft und der aktiven Bürgerschaft.

[Zu den Konsultationen](#) (in deutscher Sprache verfügbar über Auswahl)

### **Kommission veröffentlicht Fahrplan zum Aktionsplan für geistiges Eigentum**

Die Kommission veröffentlichte am 10.07.2020 einen Fahrplan für den für das dritte Quartal geplanten Aktionsplan für geistiges Eigentum. Um in wichtigen Industriebereichen eine Führungsrolle zu übernehmen, die





Widerstandsfähigkeit in Zeiten von COVID-19 zu verbessern und gleichzeitig den Übergang zu einer grüneren und stärker digitalisierten Wirtschaft zu vollziehen, müsse die EU geistiges Eigentum wirksam schützen. Der vorgeschlagene Aktionsplan zielt insbesondere darauf ab,

- das System des geistigen Eigentums zu verbessern,
- die intelligente Nutzung geistigen Eigentums zu fördern,
- eine bessere Durchsetzung des geistigen Eigentums zu gewährleisten und
- gleiche Wettbewerbsbedingungen auf globaler Ebene zu fördern.

Rückmeldungen sind bis 14.08.2020 möglich.

[Zum Fahrplan](#) (in deutscher Sprache verfügbar über Auswahl)

### **Leitfaden für nationale Gerichte: Schutz vertraulicher Informationen in Verfahren zur privaten Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts**

Die Kommission veröffentlichte am 20.07.2020 eine Mitteilung über den Schutz vertraulicher Informationen durch nationale Gerichte in Verfahren zur privaten Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts (Art. 101 und 102 AEUV). Die Mitteilung ist für die nationalen Gerichte nicht bindend und bewirkt keine Änderung der in den einzelnen Mitgliedstaaten geltenden Verfahrensvorschriften für Zivilverfahren. Sie dient vielmehr als praktische Orientierungshilfe. In der Mitteilung wird eine Reihe von Mitteln vorgestellt (z. B. Unkenntlichmachung, Vertraulichkeitskreis, Heranziehung von Sachverständigen oder Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit), die die nationalen Gerichte je nach ihrem verfahrensrechtlichen Rahmen zum Schutz vertraulicher Informationen bei Offenlegungsanträgen anordnen können (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission](#)

### **Urteil des EuGH zur Datenübermittlung in die USA**

Am 16.07.2020 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-311/18 zur Datenübermittlung (Facebook) in die USA. Er erklärte die Vereinbarung zum transatlantischen Datenschutz, das sogenannte Privacy-Shield-Abkommen, zwischen den USA und der EU für ungültig. Gleichzeitig bestätigte er, dass die Standardvertragsklauseln weiterhin ein gültiges Instrument sind, wenn personenbezogenen Daten an Datenverarbeiter in Drittländern übermittelt werden (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB). In Reaktion auf das Urteil erklärte Kommissionsvizepräsidentin *Jourová* in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Justizkommissar *Reynders*, dass die Kommission ihre Arbeit fortsetze, um den sicheren Datenfluss im Einklang mit dem Urteil zu gewährleisten. Die Kommission habe bereits intensiv an diesem Instrumentarium gearbeitet und dabei auch die Modernisierung der Standardvertragsklauseln berücksichtigt. In der Zwischenzeit könnten transatlantische





Datenströme zwischen Unternehmen weiterhin andere Mechanismen für den internationalen Transfer von personenbezogenen Daten nutzen, die im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung zur Verfügung stehen.

[Pressemitteilung des EuGH vom 16.07.2020](#)

[Urteil des EuGH \(Rs. C-311/18\) vom 16.07.2020](#)

[Presseerklärung der Kommission vom 16.07.2020](#)

### **Schlussantrag vor dem EuGH: deutsche Staatsanwälte dürfen Europäische Ermittlungsanordnungen ausstellen**

Am 16.07.2020 legte der Generalanwalt *Manuel Campos Sánchez-Bordona* in der Rechtssache C-584/19 seinen Schlussantrag vor. Darin schlägt er dem EuGH vor, die Rechtsprechung zum Europäischen Haftbefehl *nicht* auf die Europäische Ermittlungsanordnung (EEA) zu übertragen. Hintergrund des Verfahrens ist eine EEA einer deutschen Staatsanwaltschaft zur Übermittlung bestimmter Daten eines in Österreich geführten Kontos. Das Landesgericht für Strafsachen in Wien möchte vom EuGH wissen, ob die deutsche Staatsanwaltschaft, die dem externen Einzelweisungsrecht durch die Exekutive unterliegt, eine EEA ausstellen könne und verweist auf die Entscheidung des EuGH zum Europäischen Haftbefehl vom 27.05.2019 in Rs. C-508/18 (vgl. EB 11/19). Der Generalanwalt vertritt in seinem Schlussantrag die Auffassung, dass die Staatsanwaltschaften sämtlicher Mitgliedstaaten unabhängig von ihrer institutionellen Stellung gegenüber der Exekutive eine EEA ausstellen können. U. a. begründet er dies damit, dass eine andere Auslegung „auf eine Verzerrung des Willens des Unionsgesetzgebers hinauslaufen würde, der die beim Erlass der Richtlinie 2014/41 geltenden institutionellen und verfahrensrechtlichen Systeme der Mitgliedstaaten nicht ändern, sondern achten wollte.“

[Schlussantrag vom 16.07.2020](#)

### **Bericht des Parlaments zur Rechtsstaatlichkeit in Polen**

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments (LIBE) nahm am 16.07.2020 mehrheitlich einen Zwischenbericht von MdEP *LópezAguilar* (S&D/ESP) zur Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die Republik Polen an. Darin kommen die Ausschussmitglieder zu dem Ergebnis, dass „überwältigende Beweise“ für Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in Polen vorliegen. Der Text hebt die anhaltende Verschlechterung der Situation in Polen in Bezug auf die Funktionsweise des Gesetzgebungs- und Wahlsystems, die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechte der Richter sowie den Schutz der Grundrechte hervor. Der Ausschuss fordert den Rat auf, das Artikel 7-Verfahren wieder aufzunehmen und auf alle jüngeren negativen Entwicklungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte zu erweitern. Der Bericht soll im September 2020 in das Plenum des Parlaments eingebracht werden.

[Zwischenbericht](#) (in englischer Sprache)

[Webstream der Ausschusssitzung am 16.07.2020](#)



### Ausschüsse des Europäischen Parlaments diskutieren über Auswirkungen des Urteils des BVerfG vom 05.05.2020

Am 14.07.2020 fand eine gemeinsame öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments (JURI) und des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) zu den Auswirkungen des Urteils des BVerfG zu den Staatsanleihekäufen durch die Europäische Zentralbank vom 05.05.2020 statt. Angehört wurden die Sachverständigen *Prof. Dr. Markus Ludwigs* (Julius-Maximilians-Universität in Würzburg), *Prof. Joseph H.H. Weiler* (NYU School of Law & Harvard Centre for European Studies), *Prof. Diana Urania Galetta* (Universität von Mailand) und *Prof. Renáta Uitz* (Central European University in Budapest). *Prof. Weiler* argumentierte, das BVerfG hätte die Frage dem EuGH aus Verhältnismäßigkeitserwägungen nochmals vorlegen müssen und sprach sich für die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens aus. Zur Minimierung künftiger Kompetenzkonflikte schlug er zudem die Errichtung einer Kompetenzkammer beim EuGH vor, die je zur Hälfte von Richtern des EuGH und nationalen Verfassungsrichtern besetzt werden solle. Auch *Prof. Galetta* war für die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens. *Prof. Ludwigs* sah ein Vertragsverletzungsverfahren als nicht angezeigt an. Ein solche würde den Weg zu einem Dialog versperren. Zudem wäre der EuGH Richter in eigener Sache.

[Programm der Anhörung am 14.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Webstream der Anhörung am 14.07.2020](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

### EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMUK

Aus dem Geschäftsbereich des StMUK sind folgende Punkte von besonderem Interesse: Die Schlussfolgerungen des Sondergipfels des Europäischen Rates setzen sich auch unmittelbar mit der Bereitstellung von Mitteln für das neue Erasmus+-Programm für die Jahre 2021 bis 2027 auseinander. Das Erasmus+-Programm, das Bildungs- und Mobilitätsangebote für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, junge Menschen, Studierende und Lehrkräfte umfasst, soll nach den Vorstellungen des Europäischen Rates im kommenden Programmzeitraum von 2021-2027 eine Finanzausstattung von insgesamt 21,208 Mrd. € (nach Preisen von 2018) erhalten und einen besonderen Fokus u. a. auf die Inklusion benachteiligter Menschen richten. Auch die europäische Zusammenarbeit im Rahmen des Sports und der Netzwerk-Initiativen „Europäische Hochschulen“ und „Zentren der beruflichen Exzellenz“ soll gefördert werden.

[Informationen zur Sitzung des Europäischen Rates](#)

[Schlussfolgerungen des Sondergipfels des Europäischen Rates vom 17. bis 21.07.2020](#)

### Kommission veröffentlicht Roadmap zur Weiterentwicklung des Europäischen Bildungsraums

Die Kommission hat am 22.07.2020 ihre Roadmap zur Weiterentwicklung des Europäischen Bildungsraums veröffentlicht. Sie eröffnet damit ein öffentliches Beteiligungsverfahren für Bürger und Interessengruppen zur Vorbereitung ihrer für September 2020 geplanten Mitteilung zur Weiterentwicklung des Europäischen Bildungsraums. Dieses Papier soll die Vorstellungen der Kommission über die nächsten Schritte und Maßnahmen auf dem Weg zur Schaffung eines Europäischen Bildungsraums bis 2025 enthalten, einschließlich eines Entwurfs für den neuen, ab 2021 geltenden strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung („Post-ET 2020“). Bis zum 26.08.2020 können sich Bürger und Interessengruppen nun zu dem Vorhaben äußern, Vorschläge machen und Informationen zur Verfügung stellen.

[Informationen zum Europäischen Bildungsraum](#)

[Roadmap zur Weiterentwicklung des Europäischen Bildungsraums](#) (in englischer Sprache)

### Kommission führt Konsultation zur Aktualisierung des Aktionsplans für Digitale Bildung durch

Die Kommission führt derzeit ein öffentliches Beteiligungsverfahren für Bürger und Interessengruppen zur Vorbereitung einer Mitteilung zur Aktualisierung des Aktionsplans für Digitale Bildung durch. Der seit 2018 bestehende Aktionsplan für Digitale Bildung soll mit seinen elf Maßnahmen die Nutzung moderner Technologien in der Bildung und die Entwicklung digitaler Kompetenzen fördern. Seine für September 2020 geplante Aktualisierung wird die Vorstellungen der Kommission über die nächsten Schritte und Maßnahmen auf dem Weg zur Verbesserung der Digitalen Bildung in Europa enthalten. Bis zum 04.09.2020 können sich



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 13/2020 vom 24.07.2020**



Bürger und Interessengruppen nun zu dem Vorhaben äußern, Vorschläge machen und Informationen zur Verfügung stellen.

[Informationen zum Aktionsplan für Digitale Bildung](#)

[Roadmap zur Aktualisierung des Aktionsplans für Digitale Bildung](#) (in englischer Sprache)

[Konsultation zur Aktualisierung des Aktionsplans für Digitale Bildung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

### EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMWK

Aus dem Geschäftsbereich des StMWK sind folgende Punkte von besonderem Interesse: Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (ER; siehe hierzu Grundsatzbeitrag unter „Politische Schwerpunkte“ in diesem EB) benennen auch die Finanzausstattung der Förderprogramme Horizont Europa, Erasmus+ sowie Kreatives Europa für die Förderperiode 2021 bis 2027.

So bekennt sich der ER dazu, die Wissenschafts- und Innovationsbasis in der Union zu steigern und auszuweiten. Es müsse eine effiziente und wirksame Forschungspolitik sichergestellt und die Forschungszusammenarbeit in der gesamten Union gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund sind für Horizont Europa im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 75,9 Mrd. € vorgesehen. Aus dem Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU) sollen zusätzliche 5 Mrd. € in das Programm fließen. Insgesamt würde das nächste Forschungsrahmenprogramm damit mit 80,9 Mrd. € ausgestattet werden.

Das Erasmus+-Programm soll nach den Vorstellungen des Europäischen Rates im kommenden Programmzeitraum eine Finanzausstattung im MFR von insgesamt rund 21,2 Mrd. € erhalten. Neben den Bildungs- und Mobilitätsangeboten für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, junge Menschen, Studierende und Lehrkräfte soll ein Schwerpunkt des Programms auf der transnationalen Zusammenarbeit von Hochschuleinrichtungen im Rahmen der Initiative „Europäische Hochschulen“ liegen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUK in diesem EB).

Für das Programm zur Förderung der Kulturbranche und des audiovisuellen Sektors in der EU, Kreatives Europa, sind Mittel in Höhe von rund 1,64 Mrd. € aus dem MFR eingeplant (alle angegebenen Werte entsprechen den Preisen von 2018).

Das Europäische Parlament muss dem MFR und NGEU zustimmen. Es bewertet die Beschlüsse sehr kritisch, u. a. weil es die Ausstattungen für Zukunftsprogramme (darunter auch die hier genannten) für zu niedrig hält. Es fordert demzufolge in einem Entschließungsantrag gezielte Erhöhungen.

[Informationen zur Sitzung des Europäischen Rates](#)

[Schlussfolgerungen des Sondergipfels des Europäischen Rates vom 17. bis 21.07.2020](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Schlussfolgerungen des ER](#)

### Informelle Videokonferenz der EU-Forschungsministerinnen und -minister

Am 21.07.2020 fand ein erster informeller Austausch der Forschungsministerinnen und -minister der EU unter deutscher Ratspräsidentschaft im Rahmen einer Videokonferenz statt. Dabei wurden Schwerpunkte für die kommenden Monate und erste gemeinsame Initiativen besprochen.



So will die deutsche Ratspräsidentschaft angesichts der aktuellen weltweiten Krise Initiativen zur medizinischen Bekämpfung von COVID-19 und zur globalen Gesundheitsvorsorge auf den Weg bringen.

Ein weiteres Thema war eine Forschungs- und Entwicklungsinitiative zu Grünem (also klimaneutral hergestellten) Wasserstoff. Ziel ist es, dass Europa weltweiter Innovationsführer für grüne Wasserstofftechnologien wird. Forschung und Innovation kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Darüber hinaus soll die technologische Souveränität Europas gestärkt werden. Hierzu soll die Schaffung eines Europäischen Netzwerks für Künstliche Intelligenz beitragen. Auch die Fortentwicklung des Europäischen Forschungsraumes, die einen Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft darstellt, spielt hier eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang kündigte die deutsche Forschungsministerin *Karliczek* das nationale Förderprogramm „Innovationsunion Europa- Deutsche Impulse für den Europäischen Forschungsraum“ an. Mit einem Gesamtvolumen von 40 Mio. € sollen deutsche Forschende unterstützt werden, die europäische Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung zu vertiefen.

[Pressemitteilung der deutschen Ratspräsidentschaft](#)

[Informationen zum Programm „Innovationsunion Europa - Deutsche Impulse für den Europäischen Forschungsraum“](#)

### **Kommission sucht Mitglieder für den Wissenschaftlichen Rat des Europäischen Forschungsrates (ERC)**

Die Kommission hat eine unabhängige Findungskommission eingesetzt, die potentielle Kandidaten für die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Rat des ERC ermitteln soll. Die Findungskommission bittet hierzu die wichtigsten europäischen Wissenschaftsvereinigungen um Vorschläge. Nominierungen können aber auch von allen anderen Forschungsorganisationen eingereicht werden. Dies ist noch bis zum 30.09.2020 möglich.

Der Wissenschaftliche Rat ist das unabhängige Leitungsorgan des ERC und setzt sich aus 22 hochrangigen Forscherpersönlichkeiten zusammen. Seine Hauptaufgabe ist die Festlegung der ERC-Strategie und die Auswahl der Peer-Review-Bewertungsexperten. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt vier Jahre.

[Meldung der Kommission](#)

### **EU stellt 100 Mio € aus Horizont 2020 für Erforschung von Impfstoffen zur Verfügung**

Die Kommission hat am 22.07.2020 mitgeteilt, dass sie sich mit weiteren 100 Mio. € an der Förderung der raschen Entwicklung von Coronavirus-Impfstoffen beteiligt. Mit dem Geld wird die Ausschreibung der „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI) zur Impfstoffforschung kofinanziert. Die Ausschreibung läuft bis zum 28.09.2020.

Die EU-Unterstützung ist Teil der Zusage der Kommission, 1 Mrd. € aus dem EU-Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 in dringend benötigte Forschung und Innovation zu investieren. Ziel ist es,



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 13/2020 vom 24.07.2020**



Diagnostetests, Behandlungen, Impfstoffe und andere Präventionsinstrumente zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus zu entwickeln.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Information von CEPI zu der Ausschreibung](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

### Jährliche Inflation im Euroraum steigt im Juni 2020 auf 0,3 %

Bezugnehmend auf die erste Schätzung vom 30.06.2020 (EB 12/20) bestätigte Eurostat am 17.07., die Inflationsrate im Euroraum sei im Juni 2020 auf 0,3 % gestiegen, nach 0,1 % im Mai. Damit liegt sie weiter unter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von knapp 2 %. In der Gesamt-EU stieg die jährliche Inflation im Juni auf 0,8 %, gegenüber 0,6 % im Mai. Eurostat weist daraufhin, im Juni seien viele COVID-19-Eindämmungsmaßnahmen schrittweise aufgehoben worden. Besonders niedrig war die jährliche Inflationsrate in Zypern (minus 2,2 %), Griechenland (minus 1,9 %) und Estland (minus 1,6 %). Das Preisniveau stieg am stärksten in Polen (3,8 %), Tschechien (3,4 %) und Ungarn (2,9 %). In Deutschland lag die jährliche Inflation mit 0,8 % eher im mittleren Bereich. Im Juni kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum laut Eurostat von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,60 Prozentpunkte), gefolgt von Dienstleistungen (+0,55 Prozentpunkte.), Industriegütern ohne Energie (+0,05 Prozentpunkte.) sowie Energie (-0,93 Prozentpunkte.).

[Pressemitteilung von Eurostat zur jährlichen Inflation vom 17.07.2020](#)

### Informeller Rat für Wirtschaft und Finanzen, 10.07.2020: Deutscher Ratsvorsitz, wirtschaftliche Folgen der COVID-19-Krise und Euro-Konvergenzberichte

Am 10.07.2020 tagte per Videokonferenz ein informeller Rat der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Bundesfinanzminister *Olaf Scholz* legte die Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes für Wirtschaft und Finanzen dar: Schwerpunkt werde die umfassende, ambitionierte Pandemiereaktion sein. Auch werde Deutschland sich bemühen, die EU-Steuerpolitik zu modernisieren, die Bankenunion zu stärken, die Kapitalmarktunion voranzutreiben, eine sichere und innovative Digitalisierung des Finanzdienstleistungssektors zu fördern sowie Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen. Weiter sei das nachhaltige Finanzwesen nach wie vor zentral. Der ECOFIN tauschte sich aus über die Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Krise. Zudem zogen die Minister über die von Kommission und Europäischer Zentralbank (EZB) im Juni veröffentlichten Konvergenzberichte (EB 10/20) Bilanz. Die Berichte untersuchen, ob nicht dem Euroraum angehörende EU-Mitgliedstaaten die erforderlichen Voraussetzungen für die Euro-Einführung erfüllen und prüfen sieben Länder: Bulgarien, die Tschechische Republik, Kroatien, Ungarn, Polen, Rumänien und Schweden. Laut Kommission und EZB erfüllt noch keines der Länder die formalen Voraussetzungen für den Beitritt zum Euro-Währungsgebiet. Außerdem stellte der Vorsitzende des hochrangigen Forums zur Kapitalmarktunion den Abschlussbericht des Forums vom 10.06.2020 vor.

[Wichtigste Ergebnisse der Videokonferenz der Finanz- und Wirtschaftsminister am 10.07.2020](#)





### Rat beschließt länderspezifische Empfehlungen zu nationaler Fiskal- und Wirtschaftspolitik

Am 20.07.2020 nahm der Rat seine Empfehlungen und Stellungnahmen 2020 zur Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten sowie die Empfehlung für das Euro-Währungsgebiet formell an – wie jedes Jahr im Rahmen des sog. Europäischen Semesters. Dies soll den Mitgliedstaaten bei der Vorbereitung ihrer Haushaltsentwürfe für das folgende Jahr Orientierungshilfe bieten. Die diesjährigen Empfehlungen tragen laut Rat der COVID-19-Pandemie und der Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts am 20.03.2020 Rechnung. Sie seien weniger strikt, aber zielgerichteter als zuvor. Den Empfehlungen liegen fünf wirtschaftspolitische Prioritäten zugrunde: Investition in die Zugänglichkeit, Effizienz und Resilienz der Gesundheitsversorgung; Erhaltung von Arbeitsplätzen und Bewältigung der sozialen Krisenfolgen; Forschung und Entwicklung; Liquiditätsversorgung und Stabilität des Finanzsektors sowie die Wahrung des Binnenmarkts und des Waren- und Dienstleistungsverkehrs. Zum Kommissionsvorschlag für die Empfehlungen vom 20.05.2020 (EB 09/20) gibt es nur wenige Änderungen, die die Kommission laut Rat voll unterstützt. Für Deutschland hatte sie u. a. empfohlen, zur Erholung der Wirtschaft nach der Krise den von ihr erneut festgestellten Investitionsrückstand aufzuholen. Die öffentlichen und privaten Investitionen seien 2019 zwar robust gestiegen, würden aber weiter hinter dem Bedarf zurückbleiben.

[Webseite des Rates zum Europäischen Semester 2020](#)

[Erläuternder Vermerk zu den Empfehlungen des Rates an die Mitgliedstaaten vom 08.06.2020](#)

[Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets vom 01.04.2020](#)

### EuGH: Geldstrafen für Rumänien und Irland wegen mangelhafter Umsetzung der Richtlinie zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Am 16.07.2020 verurteilte der EuGH Rumänien und Irland, an die Kommission jeweils einen Pauschalbetrag von 3 bzw. 2 Mio. € zu zahlen (Rechtssachen C-549/18, *Kommission/Rumänien*, u. C-550/18, *Kommission/Irland*). Denn die beiden Mitgliedstaaten hätten die Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (2015/849/EU) nicht fristgerecht vollständig umgesetzt. Im August 2018 hatte die Kommission beim EuGH zwei Vertragsverletzungsklagen erhoben, da Rumänien und Irland weder die Richtlinie vollständig umgesetzt noch die nationalen Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt hätten. Dies bestätigte der EuGH nun. Weiter kam er zum Schluss, die Kommission müsse ihre Entscheidung, eine finanzielle Sanktion zu beantragen, nicht in jedem Einzelfall begründen. Denn der EuGH habe seinerseits eine Begründungspflicht, wenn er eine Sanktion verhängt. Gleichwohl bleibe die Kommission verpflichtet, Art und Höhe der Sanktion zu begründen. Der EuGH sei nämlich bei Art und Höchstbetrag an den Kommissionsvorschlag gebunden. Außerdem sei eine Sanktion nicht allein deshalb unverhältnismäßig, weil die Vertragsverletzung bei Prüfung durch den EuGH beendet sei. Dies gelte besonders, wenn die Vertragsverletzung lange Zeit bestanden habe. Für die Sanktionshöhe seien u. a. die Schwere der Vertragsverletzung, ihre Dauer und die Zahlungsfähigkeit des Mitgliedstaats relevant.

[EuGH-Urteil zu Rechtssache C 549/18, \*Kommission/Rumänien\*, vom 16.07.2020](#)



[EuGH-Urteil zu Rechtssache C 550/18, \*Kommission/Irland\*, vom 16.07.2020](#)

## EU-HAUSHALT

### EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMFH

Aus dem Geschäftsbereich des StMFH sind folgende Punkte von besonderem Interesse: Die 27 EU-Staats- und Regierungschefs einigten sich am 21.07.2020 zum geplanten Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU) sowie zum nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen für 2021 - 2027 (MFR) auf ein Gesamtvolumen von 1,82 Bio. €. Dabei soll NGEU mit 750 Mrd. € ausgestattet und über Kredite im Namen der EU finanziert werden. Das von der Kommission hierfür auf den Finanzmärkten aufgenommene Kapital soll bis 2058 zurückgezahlt werden. Das NGEU-Budget soll sich aus Zuschüssen über 390 Mrd. € und rückzahlbaren Darlehen über 360 Mrd. € zusammensetzen. Auf ihren Beitrag zum EU-Haushalt sind für Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Österreich und Schweden weitere Rabatte vorgesehen, für Deutschland 3,67 Mrd. € p. a. Von den Zöllen, die sie für die EU einnehmen, sollen die Mitgliedstaaten künftig 25 % anstatt bislang 20 % behalten. Der deutsche Beitrag dürfte damit laut Bundesfinanzministerium künftig ca. 40 Mrd. € p. a. betragen. Zudem soll die EU für die NGEU-Rückzahlung neue direkte Einnahmequellen erhalten, u. a. ab 2021 eine Plastikmüllabgabe. Die Kommission soll 2021 einen Vorschlag für einen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich und eine Digitalabgabe vorlegen, um beide bis Ende 2022 einzuführen. Auf weitere Eigenmittel – ein überarbeitetes Emissionshandelssystem und eventuell eine Finanztransaktionssteuer – soll hingearbeitet werden.

[Wichtigste Ergebnisse der Sondertagung des Europäischen Rates vom 17. - 21.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 17. - 21.07.2020](#)

[Bemerkungen von Ratspräsident \*Charles Michel\* nach der Sondertagung des Europäischen Rates vom 17. - 21.07.2020](#) (in englischer Sprache)

### Europäisches Parlament kritisiert Ergebnisse des EU-Gipfels vom 17. - 21.07.2020 und fordert Nachbesserungen an zentralen Punkten

Im Nachgang zur Sondertagung des Europäischen Rates vom 17. - 21.07.2020 (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB) nahm das Europäische Parlament (EP) am 23.07.2020 mit großer Mehrheit eine Entschließung zu den Gipfel-Ergebnissen an, in der es mehr Mittel für Klimaschutz, Forschung, Gesundheit und das Austauschprogramm Erasmus fordert. Das EP unterstreicht, die Menschen in der EU hätten eine kollektive Pflicht zur Solidarität. Der Gipfel-Kompromiss sei zwar ein positiver Schritt für die kurzfristige Erholung, aber die Kürzungen des nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 (MFR) seien inakzeptabel. Demokratische Kontrolle des Wiederaufbauinstruments „Next Generation EU“ sei notwendig wie auch ein verbindliches Engagement für neue EU-Einnahmequellen. Außerdem fordert das EP einen klaren Mechanismus zur Verknüpfung von EU-Ausgaben und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und eine



verbindliche MFR-Halbzeitrevision bis spätestens Ende 2024. Die Europa-Abgeordneten seien bereit, ihre Zustimmung zum MFR zu verweigern, werde der Gipfel-Kompromiss nicht verbessert. Die Entschließung dient dem EP als Mandat für die Verhandlungen über die künftige EU-Finanzierung mit den Mitgliedstaaten. Man sei derzeit nicht bereit, „diese bittere Pille zu schlucken“, erklärte *Manfred Weber* (DEU), Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei. Ähnlich äußerten sich die anderen großen Fraktionen.

[EP-Entschließung zu den Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 23.07.2020](#)

## STEUER

### Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie: Kommission führt öffentliche Konsultation durch

Am 22.07.2020 leitete die Kommission die öffentliche Konsultation aller Interessensträger zur Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie (2003/96/EG) ein, nach der abgeschlossenen Anhörung zu ihrem Fahrplan hierzu im März. Die Konsultationsfrist endet am 14.10.2020, die Teilnahme ist über ein Online-Portal möglich. Diese Initiative ist Teil des europäischen Grünen Deals, der die Klimaneutralität der EU bis 2050 zum Ziel hat. Die Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie gehört zu einer ganzen Reihe von Reformen, die dazu beitragen sollen, dieses Ziel zu erreichen, und verfolgt laut Kommission im Wesentlichen folgende Ziele: Die Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom soll an die EU-Energie- und Klimapolitik angepasst werden; dies soll auch der Verwirklichung der EU-Energieziele für 2030 dienen. Darüber hinaus soll die Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie durch eine Aktualisierung ihres Anwendungsbereichs und der Struktur der Steuersätze sowie durch eine sparsamere Verwendung optionaler Steuerbefreiungen und -ermäßigungen auch den EU-Binnenmarkt schützen. Die Kommission bezieht sich hierfür auf ihre Evaluierung vom 11.09.2019, nach der u. a. die breite Palette von Befreiungen sowie Ermäßigungen de facto den Verbrauch fossiler Brennstoffe begünstige und die Richtlinie die Reduzierung von Treibhausgasemissionen, Energieeffizienz oder alternative Kraftstoffe nicht angemessen fördere.

[Webseite der Kommission zur Konsultation zur Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie](#) (auch in deutscher Sprache abrufbar)

[Liste aller Kommissionskonsultationen](#) (auch in deutscher Sprache abrufbar)

### Coronavirus: Kommission verlängert vorübergehende Mehrwertsteuer- und Zollbefreiungen für die Einfuhr von medizinischer Ausrüstung aus Nicht-EU-Ländern

Am 23.07.2020 beschloss die Kommission, die vorübergehende Befreiung von Zöllen und Mehrwertsteuer auf die Einfuhr von medizinischen Geräten und Schutzausrüstung aus Drittländern bis Ende Oktober 2020 zu verlängern, um den Kampf gegen das Coronavirus zu unterstützen. Die Zollbefreiung umfasst Masken und Schutzausrüstungen sowie Testkits, Beatmungsgeräte und andere medizinische Geräte. Damit wird die anfängliche Frist von sechs Monaten (EB 07/20) um weitere drei Monate verlängert. Die zoll- und



mehrwertsteuerfreie Einfuhr gilt für staatliche Organisationen – d. h. staatliche Einrichtungen, öffentliche Körperschaften und andere Einrichtungen des öffentlichen Rechts einschließlich Krankenhäuser, Regierungsorganisationen, Gemeinden/Städte, Regionalregierungen usw. – und karitative oder philanthropische Organisationen, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zugelassen sind. Das EU-Zollrecht (Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates) kennt auf Antrag betroffener Mitgliedstaaten die Möglichkeit der Befreiung für die Einfuhr von Waren, die „für Katastrophenopfer bestimmt sind“. Staatliche Organisationen oder anerkannte Organisationen der Wohlfahrtspflege können dies dann nutzen. Entsprechende Befreiungsregeln finden sich auch im EU-Mehrwertsteuerrecht (Richtlinie 2009/132/EG des Rates).

[Kommissionsbeschluss zur Zoll- und Mehrwertsteuerbefreiung von Gegenständen, die zur Bekämpfung der Auswirkungen des COVID-19-Ausbruchs im Jahr 2020 benötigt werden, vom 03.04.2020](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Kommission zur vorübergehende Mehrwertsteuer- und Zollbefreiungen für die Einfuhr von medizinischer Ausrüstung](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission schlägt Steuerpaket für Betrugsbekämpfung und einfache Besteuerung vor**

Am 15.07.2020 veröffentlichte die Kommission ein Maßnahmenpaket für faire und einfache Besteuerung. Das Paket soll u. a. sicherstellen, dass die EU-Steuerpolitik die wirtschaftliche Erholung nach der Coronakrise unterstützt, und der erste Teil einer umfassenden EU-Steueragenda sei. Es besteht aus drei zusammenhängenden Initiativen: Erster Teil ist ein Aktionsplan mit 25 Maßnahmen, um die Besteuerung einfacher sowie gerechter zu gestalten und besser auf die moderne bzw. digitale Wirtschaft abzustimmen. Zweitens enthält das Steuerpaket einen Richtlinienvorschlag zur Verwaltungszusammenarbeit, um Steuertransparenzregeln auf digitale Plattformen auszuweiten. Drittes Element ist eine Mitteilung zu verantwortungsvollem Handeln im Steuerbereich mit dem Fokus auf fairer Besteuerung und der Bekämpfung unlauteren Steuerwettbewerbs in der EU und international. Bereits am 14.07.2020 empfahl die Kommission den Mitgliedstaaten, ihre Beihilfen für Unternehmen davon abhängig zu machen, dass diese keine Verbindungen zu den auf der „schwarzen“ EU-Liste steuerlich unkooperativer Länder und Gebiete haben (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Verfahrenstechnisch möchte die Kommission das EU-Recht ausschöpfen, um Steuervorschläge im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zu erlassen. Danach würde der Rat mit qualifizierter Mehrheit, statt einstimmig, beschließen und die Zustimmung des Europäischen Parlaments wäre erforderlich.

[Webseite der Kommission zum Steuerpaket für faire und einfache Besteuerung vom 15.07.2020](#)

[Aktionsplan der Kommission für faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie vom 15.07.2020](#)

[Vorschlag der Kommission zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung vom 15.07.2020](#)



[Mitteilung der Kommission über verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich in der EU und darüber hinaus vom 15.07.2020](#) (in englischer Sprache)

### **EuG-Urteil zu irischer Steuerbeihilfe an Apple: Kommissionbeschluss nichtig**

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) entschied am 15.07.2020 über die Nichtigkeitsklagen von Irland und Apple (*Apple Sales International* u. *Apple Operations Europe*) gegen den Beihilfebeschluss der Kommission vom 30.08.2016 (verbundene Rechtssachen T-778/16, T-892/16). Das EuG erklärt die angefochtene Kommissionsentscheidung erstinstanzlich für nichtig. Die Kommission habe eine wettbewerbsverzerrende Begünstigung nicht ausreichend dargelegt (Art. 107 AEUV). 2016 hatte die Kommission festgestellt, dass Irland Apple selektive Steuervergünstigungen von bis zu 13 Mrd. € gewährt habe. Apple habe wesentlich weniger Steuern als andere Unternehmen zahlen müssen. Daher müsse Irland die rechtswidrige Beihilfe zurückfordern. Dieser Beschluss betraf zwei Steuervorbescheide Irlands, die die Berechnung des dort steuerpflichtigen Gewinns von zwei irischen Apple-Tochtergesellschaften zwischen 1991 und 2015 festlegten. Die Kommission beanstandete, die irischen Behörden hätten ein Steuermodell gebilligt, das Gewinne künstlich niedrig rechne. Dagegen erhoben Irland und Apple Nichtigkeitsklagen. Das EuG lehnte nun die Sicht, die irischen Behörden hätten den Apple-Tochtergesellschaften einen Vorteil gewährt, weil sie die von ihnen gehaltenen Lizenzen des Konzerns für geistiges Eigentum – und so ihre gesamten Handelserträge aus Konzernverkäufen außerhalb Nord- und Südamerikas – nicht den irischen Niederlassungen zuwiesenen, ab.

[EuG-Urteil zu den verbundenen Rechtssachen T-778/16, T-892/16 \(\*Apple Sales International\* u. \*Apple Operations Europe\*\) vom 15.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission zu den EuG-Urteilen vom 15.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission zu unzulässigen irischen Steuervergünstigungen an Apple vom 30.08.2016](#)

### **Meinungsaustausch über digitale Besteuerung zwischen Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments, Kommission und OECD**

Am 13.07.2020 tauschten sich der Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament mit dem Direktor des OECD-Zentrums für Steuerpolitik und -verwaltung, *Pascal Saint-Amans*, und dem geschäftsführenden Generaldirektor der Generaldirektion Steuern und Zoll der Kommission, *Benjamin Angel*, über die digitale Besteuerung aus. Insbesondere ging es um die jüngsten Entwicklungen auf internationaler und EU-Ebene. Laut Kommission hat die EU ein taktisches Interesse, die zwei geplanten Säulen der internationalen Steuerreform aufeinander abzustimmen: Ein OECD-Abkommen über Säule I, Besteuerung der digitalen Wirtschaft, und Säule II, Mindestbesteuerung, sei jeder Alternative bei weitem vorzuziehen. Denn während einige EU-Staaten Säule I nachdrücklich unterstützen würden, zeigten andere stärkeres Engagement für Säule II. Die Beibehaltung des Pakets würde laut *Angel* somit sicherstellen, dass alle EU-Staaten den OECD-Prozess weiter unterstützen. *Saint-Amans* erklärte, ein Abkommen in diesem Jahr nur über Säule II sei jedoch nicht



auszuschließen, während Säule I bis 2021 verschoben werden könnte. Beide Säulen seien zwar politisch verbunden, technisch aber sehr unterschiedlich, so dass Säule II separat vereinbart werden könnte. Auf Abgeordnetenfragen, was die Kommission bei einem Scheitern der OECD-Verhandlungen tun werde, erklärte *Angel*, man werde keine Steuer auf digitale Dienstleistungen vorschlagen, sondern „einen anderen Weg“.

[Videoaufzeichnung der ECON-Sitzung vom 13.07.2020](#)

## WIRTSCHAFT- UND WÄHRUNGSUNION

### Europäische Zentralbank belässt Geldpolitik einstweilen unverändert und Zinsen auf Rekordtief

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) entschied in der Sitzung am 16.07.2020 in Frankfurt am Main, in seiner Geldpolitik eine Lockerungspause einzulegen: Vor dem Hintergrund einer sich erholenden Wirtschaft und wieder leicht ansteigender Inflation (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB) beließ er Leitzinsen und Anleiheankäufe auf dem bisherigen Niveau (EB 10/20). Die Ankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms mit einem Umfang von insgesamt 1,35 Bio. € und das Programm zum Erwerb von Vermögenswerten mit monatlichem Umfang von 20 Mrd. € werden also fortgesetzt. EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* erklärte zu den Gründen für die aktuellen Entscheidungen insbesondere, Daten und Umfrageergebnisse würden darauf hindeuten, dass sich die Wirtschaftstätigkeit im Mai und Juni nach ihrem Tiefpunkt im April deutlich verbessert habe. Gleichzeitig würden die Wirtschaftsindikatoren deutlich unter dem Niveau vor der Pandemie bleiben. Die Erholung befinde sich im Anfangsstadium und sei nach wie vor in den verschiedenen Sektoren und Gebieten uneinheitlich. Aus EZB-Sicht sei wegen des starken Rückgangs der Wirtschaft im Euroraum eine ehrgeizige, koordinierte Fiskalpolitik entscheidend. Die Maßnahmen in Reaktion auf die Pandemie sollten so weit wie möglich zielgerichtet und vorübergehend sein. Der EZB-Rat begrüße nachdrücklich den Kommissionsvorschlag für das Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ (EB 09/20).

[Pressemitteilung der Europäischen Zentralbank vom 16.07.2020](#)

[Einleitende Bemerkungen von \*Christine Lagarde\* und EZB-Vizepräsident \*Luis de Guindos\* zur EZB-  
Pressekonferenz vom 16.07.2020](#)

### Vorbereitung der Euro-Einführung: Bulgarien und Kroatien in Wechselkursmechanismus II aufgenommen

Mit Wirkung vom 13.07.2020 wurden für den bulgarischen Lew und die kroatische Kuna die obligatorische Interventionskurse im Rahmen des Wechselkursmechanismus (WKM II) festgelegt. Dem liegt der einvernehmliche Beschluss der Finanzminister der Euro-Mitgliedstaaten, der Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), *Christine Lagarde*, sowie der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten Dänemarks und Bulgariens bzw. Kroatiens am 10.07.2020 zugrunde, beide Ländern in den WKM II aufzunehmen. Zuvor waren Bulgarien und Kroatien eine Reihe politischer Verpflichtungen eingegangen, die einen reibungslosen Übergang zum WKM II sowie die Teilnahme am WKM II gewährleisten sollen. Die Vertragsparteien des WKM II





beauftragten die Kommission und die EZB, die wirksame Umsetzung dieser Verpflichtungen zu überwachen. Der Beschluss zur Aufnahme in den WKM II ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum Euro-Beitritt. Bulgarien und Kroatien müssen nun mindestens zwei Jahre lang ohne größere Spannungen an dem Mechanismus teilnehmen – insbesondere ohne von sich aus ihre jeweilige Währung gegenüber dem Euro abzuwerten – bevor sie die Voraussetzungen für die Euro-Einführung erfüllen. Die Kommission begrüßte den Beschluss zur Aufnahme in den WKM II wie auch den Beschluss des EZB-Rates über eine enge Zusammenarbeit mit beiden Ländern anlässlich ihres Beitritts zur Bankenunion.

[Kommuniqués der Vertragsparteien des WKM II zu Bulgarien und Kroatien vom 10.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission zum Beitritt Bulgariens und Kroatiens zum WKM II vom 10.07.2020](#)

[Pressemitteilung der EZB zu Euro-Leitkursen und Interventionskursen für den bulgarischen Lew und die kroatische Kuna vom 13.07.2020](#)

#### **Umfrage der Europäischen Zentralbank: Ökonomen senken wirtschaftliche Prognose für 2020 weiter**

Am 17.07.2020 veröffentlichte die Europäische Zentralbank (EZB) die Ergebnisse ihrer vierteljährlichen Umfrage unter 59 Ökonomen zur Prognose des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Danach senkten die zwischen 30.06 und 06.07.2020 befragten Experten wegen der Pandemie ihre Schätzung für das laufende Jahr und rechnen langfristig auch mit einer noch niedrigeren Inflationsrate als bisher: Die Erwartungen für das reale BIP-Wachstum im Euroraum lagen im Durchschnitt bei -8,3 % für 2020, 5,7 % für 2021 und 2,4 % für 2022. Dies entspricht laut EZB einer Korrektur der Prognose gegenüber der vorherigen Befragungsrunde von -2,8 Prozentpunkten für 2020 und +1,4 bzw. +0,7 Prozentpunkten für 2021 und 2022. Die durchschnittlichen längerfristigen Erwartungen für das BIP-Wachstum blieben dagegen mit 1,4 % unverändert. Die jährliche harmonisierte Verbraucherpreis-Inflation schätzen die Ökonomen mit durchschnittlich 0,4 % für 2020, 1,0 % für 2021 und 1,3 % für 2022. Dies sei eine Abwärtskorrektur in Höhe von 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkten für 2021 und 2022. Die durchschnittlichen Erwartungen der befragten Experten für die Arbeitslosenquote liegen bei 9,1 % für 2020, 9,3 % für 2021 und 8,5 % für 2022. Dies entspricht laut EZB einer Korrektur der Prognose gegenüber der vorherigen Befragungsrunde von -0,3, +0,4 und +0,1 Prozentpunkten. Die längerfristigen Erwartungen der Ökonomen für die Arbeitslosenquote lagen aktuell unverändert bei 7,7 %.

[Pressemitteilung der Europäischen Zentralbank vom 17.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Volltext des \*Survey of Professional Forecasters\* für das dritte Jahresquartal 2020 der EZB \(in englischer Sprache\)](#)



### **230 Mio. gefälschte Euro-Banknoten: Europol hebt möglicherweise eine der bisher größten Geldfälscherbanden aus**

Am 17.07.2020 teilte Europol in Den Haag mit, europäische Ermittler hätten eine der bisher größten Geldfälscherbanden ausgehoben. Es sei der wohl größte Schlag gegen ein Netz von Fälschern seit der Bargeld-Einführung des Euro im Jahr 2002. Die Bande hatte laut Europol mehr als drei Mio. Banknoten über 233 Mio. € Euro hergestellt und in Umlauf gebracht. Das sei ein Viertel aller gefälschten Euro-Geldscheine, die seit der Einführung des Euro in Umlauf gebracht und entdeckt wurden. An der Aktion waren nach Europol-Angaben Ermittler in Belgien, Frankreich und Italien beteiligt. In Italien seien 44 Menschen festgenommen worden und 50 Wohnungen beschlagnahmt sowie acht Geschäftshäuser, zwei Bauernhöfe, Autos, Boote und 22 Bankkonten. Die Ermittlungen begannen laut Europol im Oktober 2017, als in der süditalienischen Region um Neapel gefälschte 50-Euro-Scheine aufgetaucht waren. Die Spurensicherung habe ergeben, dass sie technisch sehr perfekt hergestellt worden seien. Die Fälscher hätten alle Haupt-Sicherheitskennzeichen echter Euro-Banknoten imitiert. Im Februar 2018 seien dann in Neapel bei einem Polizeieinsatz fast 450.000 gefälschte Banknoten über 41 Mio. € entdeckt worden. Der Chef der Bande ist nach Europol-Angaben seit mehr als 20 Jahren in Geldfälschungen verstrickt und verfügte über ein ausgeklügeltes Netz zur Verbreitung der Blüten auf dem europäischen Markt. Ermittler hätten auch Verbindungen zum italienischen kriminellen Netzwerk Camorra aufgedeckt.

[Pressemitteilung von Europol vom 17.07.2020](#) (in englischer Sprache)





## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### REACT-EU: Rat legt partielle allgemeine Ausrichtung fest

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) hat am 22.07.2020 eine partielle allgemeine Ausrichtung zu REACT-EU angenommen. Die Kommission hatte ihren Verordnungsvorschlag am 27./28. Mai 2020 im Rahmen des Europäischen Wiederaufbaufonds „Next Generation Europe“ vorgelegt (EB 09/20). REACT-EU enthält Vorschläge für neue Instrumente der EU-Strukturpolitik. U. a. sollen außerordentliche zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, um Wirtschaft und Beschäftigung in den am schwersten von der Corona-Krise betroffenen Regionen anzukurbeln und eine grüne, digitale und stabile Erholung vorzubereiten. Mit einer Positionierung des Europäischen Parlaments ist voraussichtlich im September 2020 zu rechnen.

Für die Mittelausstattung dieser und weiterer Instrumente für die kommenden Jahre ist insbesondere die Einigung der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten vom 21.07.2020 nach dem fünftägigen EU-Sondergipfel von Bedeutung (siehe hierzu Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)

#### Europäischer Rechnungshof zu REACT-EU-Mitteln für den Aufbau

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat in einer am 14.07.2020 veröffentlichten Stellungnahme darauf hingewiesen, dass ein Spannungsverhältnis besteht zwischen dem Ziel des Vorschlags der Kommission zu den REACT-EU-Mitteln, die zusätzlichen finanziellen Mittel so rasch wie möglich bereitzustellen, und der Zielsetzung, die Mittel dort zur Verfügung zu stellen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Der Vorschlag sieht vor, dass die Kohäsionsfördermittel für EU-Mitgliedstaaten in den maßgeblichen ersten Jahren der Erholung von COVID-19 um 58 Mrd. € aufgestockt werden (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Pressemitteilung des EuRH](#)

[Stellungnahme des EuRH](#) (in englischer Sprache)

#### REGI Ausschuss nimmt Bericht zum Fonds für einen gerechten Übergang an

Der Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 06.07.2020 einen Bericht zum Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) mit 27 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, bei 8 Enthaltungen angenommen. Die Abgeordneten fordern darin u. a. eine beträchtliche Erhöhung des von der Kommission im Mai 2020 vorgeschlagenen Budgets von 10 Mrd. € auf 25,3 Mrd. €. Zudem solle die Einrichtung des Fonds nicht zu Kürzungen bei anderen Kohäsionsfonds führen. Die Förderung der Gas-Infrastruktur solle nur möglich sein, wenn dies u. a. dazu dient, die Energie- und Klimaziele der EU zu erreichen. Der JTF ist Teil des Mechanismus für einen gerechten Übergang, der wiederum dem Investitionsplan für ein zukunftsfähiges



Europa angehört und im Zusammenhang mit dem Europäischen Green Deal steht (EB 01/20). Durch den Fonds sollen die am stärksten vom Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft betroffenen Regionen unterstützt werden. Der Rat hat seine Position im Juni 2020 festgelegt (EB 11/20), sodass nach Abstimmung im Plenum des EP (voraussichtlich September 2020) die Trilogverhandlungen beginnen können.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### **Stellungnahme des Europäischen Rechnungshofs zum Fonds für einen gerechten Übergang**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat in einer am 22.07.2020 veröffentlichten Stellungnahme darauf hingewiesen, dass im jüngst geänderten Vorschlag für den Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) eine deutlichere Verknüpfung mit den Klima- und Umweltzielen der EU erfolgen müsse. Es werden zur Förderung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 zwar erhebliche zusätzliche Mittel bereitgestellt, dabei solle aber stärker auf Bedarf und Leistungsfähigkeit geachtet werden. Der Fonds für einen gerechten Übergang wurde im Januar von der Kommission veröffentlicht (EB 01/20) und ist Teil des Europäischen Green Deals. Als Reaktion auf die Corona-Pandemie hatte die Kommission den Vorschlag noch einmal geändert und u. a. ein höheres Mittelvolumen vorgeschlagen.

[Pressemitteilung des EuRH](#)

[Stellungnahme des EuRH](#) (in englischer Sprache)

### **Umweltausschuss des Europäischen Parlaments stimmt für Abschaffung von Messtoleranzen bei der Prüfung von Emissionsgrenzwerten**

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments (EP) hat am 14.07.2020 im Rahmen der Überarbeitung der Verordnung über die Typgenehmigung von Fahrzeugen einen Bericht angenommen. Dieser sieht auch die Abschaffung von Messtoleranzen bei der Prüfung von Emissionsgrenzwerten unter realen Fahrbedingungen (Real-Driving-Emissions) vor (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB). Das Plenum des EP wird in der Plenarsitzung vom 14.-17.09.2020 über den Bericht abstimmen. Danach können die Trilogverhandlungen beginnen. Der Rat hatte seine Position bereits im Dezember 2019 festgelegt (EB 22/19).

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### **Konsultation zum CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem**

Die Kommission hat am 22.07.2020 eine öffentliche Konsultation für die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem eingeleitet. Dies soll einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ins Ausland entgegenwirken. Da in der EU teilweise strengere Emissionsvorschriften gelten, verlagern einige Unternehmen ihre Produktion in Drittstaaten mit weniger strengen Vorgaben, sodass eine weltweite Reduzierung der Emissionen nicht gegeben ist. Die neue Regelung der Kommission zielt auf die Festsetzung eines CO<sub>2</sub>-Preises



bei Einfuhren aus Drittländern ab. Der Richtlinienvorschlag ist für das zweite Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 28.10.2020.

[Zur Konsultation](#)

### **Kapitalmarktunion: Rat bestätigt Einigung zur Crowdfunding-Verordnung**

Der Rat hat am 20.07.2020 der Einigung zur Crowdfunding-Verordnung formal zugestimmt. Bereits im Dezember 2019 hatten der Rat und das Europäische Parlament (EP) eine politische Einigung erzielt (EB 01/20). Durch die neue Verordnung soll es Crowdfunding-Plattformen erleichtert werden, ihre Dienste in der gesamten EU anzubieten. In ihr werden u. a. Aufsichts-, Informations- und Transparenzanforderungen festgelegt. Crowdfunding ist eine neue alternative Finanzierungsform, die diejenigen, die für ein bestimmtes Projekt eine Finanzierung benötigen, mit Personen verbindet, die investieren möchten, typischerweise über das Internet. Dies bietet eine Alternative zu herkömmlichen Finanzierungsformen in Form von Bankkrediten insbesondere für Start-ups und andere KMU in der Anfangsphase.

Nachdem auch das EP die Verordnung formal bestätigt hat, wird diese im EU-Amtsblatt veröffentlicht und kann anschließend in Kraft treten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

### **Nachhaltiges Finanzwesen: Kommission verabschiedet delegierte Rechtsakte zur Benchmarkverordnung**

Die Kommission hat am 17.07.2020 delegierte Rechtsakte zur Benchmarkverordnung (EB 05/19) verabschiedet. Die Benchmarkverordnung ist Teil des Aktionsplans Nachhaltige Finanzierung (EB 06/18). Die delegierten Rechtsakte legen die technischen Mindestanforderungen für die EU-Klima-Benchmarks sowie eine Reihe von Offenlegungsanforderungen im Bereich der ESG-Faktoren (Umwelt, Soziales und Governance) dar. Durch die Schaffung neuer Benchmarks zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Belastung soll es Anlegern ermöglicht werden, bessere Informationen über den „CO<sub>2</sub>-Fußabdruck“ ihrer Investitionen zu erhalten. Die delegierten Rechtsakte beruhen auf dem Bericht der Technischen Experten Gruppe für nachhaltiges Finanzwesen vom September 2019 (EB 18/19).

[Daily News der Kommission](#)

[Zu den delegierten Rechtsakten](#) (in englischer Sprache)

### **Wertpapieraufsicht: ESMA prüft mögliches Aufsichtsversagen im Fall Wirecard**

Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA) hat am 15.07.2020 bekanntgegeben, dass sie ein mögliches Aufsichtsversagen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hinsichtlich der Insolvenz des Zahlungsdienstleisters Wirecard prüfen wird. Hierbei soll festgestellt werden, ob es zu



Versäumnissen im Rahmen der Aufsicht gekommen ist. Die Kommission hatte die ESMA Ende Juni 2020 zu einem Tätigwerden aufgefordert (EB 12/20).

[Pressemitteilung der ESMA](#) (in englischer Sprache)

### **Staatliche Beihilfen: Kommission empfiehlt, Unternehmen mit Verbindungen zu Steueroasen keine finanzielle Unterstützung zu gewähren**

Nach einer Empfehlung der Kommission vom 14.07.2020 sollen die Mitgliedstaaten Unternehmen mit Verbindungen zu Ländern bzw. Gebieten, die auf der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke stehen, keine finanzielle Unterstützung gewähren. Auch gegenüber Unternehmen, die wegen schwerwiegender Finanzdelikte verurteilt wurden, sollten Beschränkungen gelten. Die Empfehlung soll den Mitgliedstaaten hierzu als Orientierungshilfe dienen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **EuG-Urteil zu irischer Steuerbeihilfe an Apple: Kommissionbeschluss nichtig**

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) entschied am 15.07.2020 über die Nichtigkeitsklagen von Irland und Apple gegen den Beihilfebeschluss der Kommission vom 30.08.2016 (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB). Das EuG erklärte die angefochtene Kommissionsentscheidung erstinstanzlich für nichtig, da die Kommission eine wettbewerbsverzerrende Begünstigung nicht ausreichend dargelegt habe. Die Kommission hatte 2016 in ihrem Beschluss festgestellt, dass Apple von Irland selektive Steuervergünstigungen von bis zu 13 Mrd. € erhalten habe. Dies sei aus Sicht der Kommission eine rechtswidrige staatliche Beihilfe gewesen.

[EuG-Urteil zu den verbundenen Rechtssachen T-778/16, T-892/16 \(Apple Sales International u. Apple Operations Europe\) vom 15.07.2020](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission zu den EuG-Urteilen vom 15.07.2020](#) (in englischer Sprache)

### **Fahrplan zur Aktualisierung der Regionalbeihilfen**

Die Kommission hat am 23.07.2020 einen Fahrplan für die Aktualisierung der Regionalbeihilfeleitlinien veröffentlicht. Diese wurden im Rahmen des Fitness-Checks zur Modernisierung des EU-Beihilferechts der Kommission evaluiert (EB 09/19). Demnach seien Anpassungen zur Erreichung der Ziele des Green Deals erforderlich. Die Annahme der überarbeiteten Leitlinien durch die Kommission ist für das erste Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Fahrplan besteht bis 20.08.2020.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Initiative](#)



### **EU-Kartellrecht: Geldbußen gegen Orbia, Clariant und Celanese wegen Beteiligung an einem Ethylen-Kartell**

Die Kommission hat am 14.07.2020 Geldbußen in Höhe von insg. 260 Mio. € gegen die Unternehmen Orbia (Mexiko), Clariant (Schweiz) und Celanese (USA) wegen Verstoßes gegen das EU-Kartellrecht verhängt. Die Unternehmen waren Teil eines Kartells auf dem Ethylen-Handelsmarkt. Ethylen ist eine brennbare Chemikalie und dient u. a. der Herstellung von PVC. Das ebenfalls am Kartell beteiligte Unternehmen Westlake (USA) erhielt keine Geldbuße, da es das Kartell gegenüber der Kommission aufgedeckt hat. Die Kommission hatte in ihrer Untersuchung festgestellt, dass die vier Unternehmen während der Einrichtung des „Monatlichen Vertragspreises“ (MCP) ihre Preisverhandlungen im Zeitraum von Dezember 2011 bis März 2017 gegenüber den Ethylenverkäufern koordinierten. Die Praktiken erstreckten sich auf Deutschland, Belgien, Frankreich und die Niederlande. Alle vier Unternehmen räumten die Beteiligung an dem Kartell ein.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **EU-Kartellrecht: Kommission bittet Marktteilnehmer um Stellungnahmen im Kartellverfahren gegen Aspen**

Die Kommission hatte am 15.05.2017 ein förmliches Prüfverfahren gegen das Pharmaunternehmen Aspen (Südafrika) eingeleitet, da ernsthafte Bedenken bestanden, dass Aspen seine marktbeherrschende Stellung auf zahlreichen nationalen Märkten, u. a. auch in Deutschland, missbraucht haben könnte durch exzessiv überhöhte Preise für unentbehrliche patentfreie Krebsarzneimittel.

Aspen hat gegenüber der Kommission Verpflichtungszusagen angeboten, nach denen das Unternehmen die Preise für sechs Krebsmedikamente in Europa um durchschnittlich 73 % senken und die fortdauernde Lieferung dieser patentfreien Arzneimittel während eines erheblichen Zeitraums gewährleisten würde.

Die Kommission holt hierzu nun Stellungnahmen der Interessenträger innerhalb von zwei Monaten nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt ein. Unter Berücksichtigung aller eingegangenen Stellungnahmen wird die Kommission dann abschließend feststellen, ob die wettbewerbsrechtlichen Bedenken durch die Verpflichtungszusagen vollständig ausgeräumt werden. Ist dies der Fall, kann die Kommission die Verpflichtungsangebote per Beschluss für Aspen für bindend erklären.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache](#)

### **EU-Kartellrecht: Sektoruntersuchung der Kommission zum verbraucherbezogenen Internet der Dinge**

Die Kommission hat am 16.07.2020 eine Sektoruntersuchung zum Internet der Dinge für verbraucherbezogene Produkte und Dienstleistungen eingeleitet. Es handelt sich hierbei um Produkte und Dienstleistungen, die mit einem Netzwerk verbunden sind und aus der Ferne, etwa über einen Sprachassistenten oder ein Mobilgerät, gesteuert werden, wie intelligente Haushaltsgeräte und am Körper getragene Geräte (Wearables). Die



Untersuchung dient der Sammlung von Marktinformationen über die Verbreitung und Auswirkungen möglicher Wettbewerbsprobleme, um diese vor dem Hintergrund des EU-Kartellrechts zu bewerten. Sie ergänzt weitere Maßnahmen, die im Rahmen der Digitalstrategie der Kommission ergriffen wurden, insbesondere Regulierungsinitiativen in Bezug auf künstliche Intelligenz (KI), Daten und digitale Plattformen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **EU-Kartellrecht: Schutz vertraulicher Informationen in Verfahren zur privaten Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts**

Die Kommission hat am 20.07.2020 eine Mitteilung über den Schutz vertraulicher Informationen durch nationale Gerichte in Verfahren zur privaten Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts angenommen. Da die Rechtslage in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Informationen und deren Schutz in den Mitgliedstaaten teilweise sehr unterschiedlich ist, soll die Mitteilung den nationalen Gerichten als Orientierungshilfe dienen (siehe hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission](#)

### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Lotos durch PKN Orlen**

Die Kommission hat am 14.07.2020 die Übernahme von Lotos durch PKN Orlen unter der Bedingung genehmigt, dass ein von PKN Orlen angebotenes Verpflichtungspaket eingehalten wird. Zuvor hatte die Kommission eine eingehende Prüfung durchgeführt (EB 16/19). Bei den beiden polnischen Unternehmen handelt es sich jeweils um integrierte Öl- und Gasunternehmen, die u. a. Großhandelsmärkte und den Einzelhandel mit Brennstoffen für Diesel, Benzin und Kerosin sowie mit Nebenprodukten der Raffination (Bitumen und Schmierstoffe) beliefern. PKN Orlen ist auf den Groß- und Einzelhandelsmärkten für raffinierte Erdölprodukte u. a. in Deutschland vertreten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache M.9014](#)

### **Vorschriften und Leitlinien für mehr Fairness bei Handelspraktiken von Online-Plattformen**

Die Kommission hat am 10.07.2020 eine Reihe von Unterlagen veröffentlicht, um Händler, Online-Plattformen und Suchmaschinen bei der Anwendung der Vorschriften für die Beziehungen zwischen Online-Plattformen und Unternehmen (EB 04/19) zu unterstützen. Diese Vorschriften gelten seit dem 12.07.2020 und sollen für mehr Transparenz bei der Festlegung von Kriterien für das Auffinden auf Suchmaschinenportalen sorgen und Hotels und Buchungsplattformen vor unfairen Geschäftsbedingungen schützen. Zudem hat die Kommission Leitlinien zum Ranking sowie drei Fortschrittsberichte der Expertengruppe der Beobachtungsstelle für die Online-Plattformwirtschaft veröffentlicht. Diese Expertengruppe unterstützt die Kommission bei der



Marktbeobachtung der Entwicklungen in der Online-Plattformwirtschaft. Die Fortschrittsberichte werden in die aktuellen Arbeitsschwerpunkte der Kommission im digitalen Bereich einfließen und sind ein Beitrag zum geplanten Legislativpaket über digitale Dienste zu dem derzeit eine öffentliche Konsultation läuft (EB 10/20).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnung zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten](#)

### Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über Postdienste

Die Kommission hat am 13.07.2020 im Anschluss an ihren Fahrplan (EB 04/20) eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über Postdienste eingeleitet. Die Richtlinie über Postdienste, die 2008 zuletzt überarbeitet wurde, soll gewährleisten, dass Bürger und Unternehmen in Europa Mindestleistungen von Postdiensten zu einem angemessenen Preis und unter bestimmten Qualitätsstandards („Universaldienst“) erhalten. Seit der letzten Überarbeitung der Richtlinie habe sich das Verhalten der Verbraucher und das Geschäftsmodell der Postdienstleister aufgrund des technologischen Wandels im Rahmen der Digitalisierung fundamental geändert. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 09.11.2020.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Zur Konsultation](#)

## AUßENWIRTSCHAFT

### EU-Indien-Gipfel: Handelspolitische Schwerpunkte

Bei einem virtuellen Treffen der Staats- und Regierungschefs am 15.07.2020 tauschten sich Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen*, EU-Ratspräsident *Charles Michel* und der Hohe Vertreter *Josep Borrell* mit dem indischen Premierminister *Narendra Modi* zu den Beziehungen zwischen der EU und Indien aus (siehe hierzu Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). In einer gemeinsamen Gipfelerklärung bekundeten sie, u. a. ihre Handels- und Investitionsbeziehungen weiter auszubauen, insbesondere im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie. Sie bekräftigten das Ziel, auf ausgewogene, ehrgeizige und für beide Seiten vorteilhafte Handels- und Investitionsabkommen hinzuarbeiten, die Märkte zu öffnen und auf beiden Seiten gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Zu diesem Zweck soll auch ein regelmäßiger hochrangiger Dialog stattfinden. Zudem sprachen sie sich für eine Stärkung und Reform der Welthandelsorganisation (WTO) aus.

[Gemeinsame Erklärung zum 15. EU-Indien Gipfel](#) (in englischer Sprache)





## ENERGIE

### EP nimmt EntschlieÙung zur Überarbeitung der TEN-E-Verordnung an

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 10.07.2020 im Plenum eine EntschlieÙung zur Überarbeitung der Leitlinien für eine transeuropäische Infrastruktur (TEN-E-Verordnung) angenommen. Sie fordern darin, die Übereinstimmung mit den Energie- und Klimazielen der EU für 2030, der langfristigen Verpflichtung zur Dekarbonisierung und dem Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“. Der Vorschlag der Kommission wird für das vierte Quartal 2020 erwartet, eine öffentliche Konsultation der Kommission hierzu wurde bereits durchgeführt (EB 09/20).

Zudem fordert das EP die Kommission auf, bis Ende 2020 Übergangleitlinien vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass die Projekte, die für die nächste Liste der Projekte von gemeinsamem Interesse (PCI) ausgewählt werden, ebenfalls den Klimaverpflichtungen entsprechen. PCI-Projekte können vereinfacht genehmigt werden und Fördermittel aus der „Connecting Europe Facility“ (CEF) beantragen.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Angenommener Text](#)

### EP nimmt Bericht für ein umfassendes europäisches Konzept für die Energiespeicherung an

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 10.07.2020 einen Bericht für ein umfassendes europäisches Konzept für die Energiespeicherung angenommen. Demnach fordert das EP u. a. die Entwicklung einer umfassenden Strategie für die Energiespeicherung sowie den Abbau rechtlicher Hindernisse für die Entwicklung von Energiespeicherprojekten. Zudem wird auf das Potenzial von umweltfreundlichem Wasserstoff hingewiesen, der mithilfe von erneuerbaren Energieträgern gewonnen wird. Forschung und Entwicklung sollen weiter vorangetrieben werden. Die Kommission solle zudem prüfen, ob die Gasinfrastruktur für die Durchleitung von Wasserstoff nachgerüstet werden könne.

Das EP befürwortet die Bemühungen der Kommission, europäische Normen für Batterien festzulegen und von Produkten aus Drittstaaten unabhängiger zu werden. Zudem schlägt das EP weitere Speichermöglichkeiten vor, wie Wärmespeicher, Hausbatterien, Haushaltswärmespeicher, Technologien von Netzintegration von Elektrofahrzeugen und intelligenten Hausenergiesystemen.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Angenommener Text](#)

### Konsultation zu erneuerbarer Offshore-Energie

Die Kommission hat am 16.07.2020 zu ihrer geplanten EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energie einen Fahrplan veröffentlicht und eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Diese soll die Entwicklung und Integration von Offshore-Quellen für die Energiegewinnung unterstützen und der Erreichung der Klimaziele für 2030



dienen. Die Vorlage der Strategie ist für das vierte Quartal 2020 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme zum Fahrplan besteht bis 13.08.2020, zur Konsultation bis 24.09.2020.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

### **Fahrplan zur EU-Methan Strategie**

Die Kommission hat am 08.07.2020 einen Fahrplan für eine EU-Methan Strategie veröffentlicht. Diese zielt auf die Verringerung der Methanemissionen ab, da Methan nach Kohlendioxid das relevanteste Treibhausgas ist. Die meisten Methanemissionen entstehen in Europa durch die Landwirtschaft, die Produktion, den Transport und durch die Nutzung fossiler Brennstoffe. Die Annahme der Strategie durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2020 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 05.08.2020 (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Zur Initiative](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMUV

Aus dem Geschäftsbereich des StMUV sind folgende Punkte von besonderem Interesse: Grundlage aller Politiken und Programme, die im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und des Wiederaufbaufonds Next Generation EU (NGEU) finanziert werden, sollen die Ziele des Pariser Abkommens und das "do no harm"-Prinzip des Green Deal sein. Von den Gesamtmitteln sollen 30 % (540 Mrd. €) in den Klimaschutz investiert werden. Für die Rubrik „Natürliche Ressourcen und Umwelt“, die die Bereiche Landwirtschaft, Meerespolitik, Umwelt und Klimaschutz umfasst, sind 356 Mrd. € vorgesehen. Die Mittel der GAP (336 Mrd. €) sollen zu 40 % (134 Mrd. €) für Klimamaßnahmen verwendet werden. Darüber hinaus sollen schrittweise neue EU-Eigenmittel eingeführt werden. Ab 01.01.2021 ist die sog. „Plastiksteuer“ auf nicht recycelten Kunststoffabfall vorgesehen. Darüber hinaus soll die Kommission Anfang 2021 Vorschläge für eine CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssteuer, die spätestens zum 01.01.2023 eingeführt werden soll, vorlegen und einen Vorschlag für ein überarbeitetes Emissionshandelssystem mit einer möglichen Ausweitung auf den Flug- und Seeverkehr erarbeiten. Der Fonds für einen gerechten Übergang, der die Kohleregionen Europas beim Übergang in eine CO<sub>2</sub>-neutrale Zukunft unterstützen soll, wurde von 30 auf 10 Mrd. €, das Forschungsförderprogramm Horizont Europe von 13,5 auf 5 Mrd. € gekürzt.

### [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)

## UMWELT

### Kommission startet Konsultation zum CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem

Am 22.07.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation für die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem eingeleitet. Dies soll einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ins Ausland entgegenwirken. Da in der EU teilweise strengere Emissionsvorschriften gelten, verlagern einige Unternehmen ihre Produktion in Drittstaaten mit weniger strengen Vorgaben, so dass eine weltweite Reduzierung der Emissionen nicht gegeben ist. Die neue Regelung der Kommission zielt auf die Festsetzung eines CO<sub>2</sub>-Preises bei Einfuhren aus Drittländern ab. Der Richtlinienvorschlag ist für das 2. Quartal 2021 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 28.10.2020 (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

### [Zur Konsultation](#)

### EU-Umweltminister: Mehrjähriger Finanzrahmen und EU-Wiederaufbauplan sollen zu Zielen des Green Deal beitragen

Am 14.07.2020 haben sich die EU-Umweltminister in einem gemeinsamen Aufruf dafür ausgesprochen, dass der mehrjährige EU-Finanzrahmen (MFR) und der EU-Wiederaufbauplan (NGEU) wesentlich zu den umwelt- und klimapolitischen Zielen der EU beitragen sollen und dafür der europäische Green Deal als



Orientierungsrahmen dienen soll. Sie weisen darauf hin, dass die Klima- und Umweltkrisen nichts von ihrer Dringlichkeit verloren haben und Reformen zur Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, zur Beibehaltung und Schaffung von guten Arbeitsplätzen und zur Weiterentwicklung neuer Kompetenzen Hand in Hand gehen müssen mit ehrgeizigen und wirkungsvollen Klima- und Umweltschutzmaßnahmen. Sie unterstreichen die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verständnisses bei den jetzt anstehenden Herausforderungen. Darüber hinaus haben sie sich darauf geeinigt, die anstehenden umwelt- und klimapolitischen EU-Schlüsseldossiers im Jahr 2020 – Klimagesetz, Biodiversitätsstrategie 2030 und Aktionsplan Kreislaufwirtschaft - als oberste Priorität zu behandeln.

[Gemeinsamer Aufruf](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zum Schutz der Ozonschicht**

Am 13.07.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zum Schutz der Ozonschicht gestartet. Ende 2019 schloss die Kommission im Rahmen des REFIT-Programms eine Bewertung der Ozonverordnung 1005/2009/EG über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, ab und gelangte zu dem Ergebnis, dass die Verordnung im Allgemeinen zweckmäßig ist und ihre Ziele wirksam erreicht, aber dass es noch Möglichkeiten für Vereinfachungen und Verbesserungen im Bereich der Effizienz und Kohärenz gibt. Ziel der Konsultation ist es, Meinungen und Vorschläge zu verschiedenen strategischen Optionen zu sammeln, um Möglichkeiten für zusätzliche Emissionsminderungen zu erreichen sowie die Wirksamkeit und die Kohärenz der Verordnung zu verbessern und überholte Bestimmungen zu aktualisieren. Bürgerinnen und Bürger, Behörden, Industrie, Wirtschaftsverbände, Organisationen der Zivilgesellschaft, Unternehmen, Forschung, Wissenschaft, Hochschulen sowie andere relevante Interessenvertreter sind eingeladen, sich an der Konsultation zu beteiligen und ihre Ansichten mitzuteilen. Die Beteiligung an der Konsultation ist bis 09.11.2020 möglich.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

### **Europäisches Parlament nimmt Entschließung zur geplanten Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien an**

Am 10.07.2020 hat das Europäische Parlament mit 579 zu 18 Stimmen bei 84 Enthaltungen eine Entschließung zur geplanten Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien angenommen. Die Entschließung begrüßt das Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt und betont, dass in der neuen Chemikalienstrategie das Vorsorge- und Verursacherprinzip gelten und die Umsetzung der REACH-Verordnung hinsichtlich Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung verbessert werden soll. Zudem wird die Forderung nach einem umfassenden Rahmen der EU für Chemikalien mit endokriner Wirkung (EDC) bekräftigt. Die Kommission soll das Zulassungsverfahren der EU für Pestizide verbessern und den Umfang der Nachweise erhöhen, die für die Genehmigung von Beschränkungsausnahmen erforderlich sind, sowie Investitionen in nachhaltige Chemikalien und technologische Innovation fördern. Der Begriff der „wesentlichen Verwendung“



gefährlicher Chemikalien müsse definiert und entsprechende Kriterien dafür festgelegt werden. Auch müssten im Aktionsplan für perfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) feste Fristen gesetzt werden, um einen zügigen Ausstieg aus allen nicht wesentlichen Verwendungen von PFAS sicherzustellen und die Entwicklung sicherer und nicht persistenter Alternativen zu beschleunigen.

[Angenommener Text](#)

### **Europäischer Rechnungshof veröffentlicht Sonderbericht zu wilden Bestäubern**

Am 09.07.2020 hat der Europäische Rechnungshof (ERH) einen Sonderbericht veröffentlicht, in dem die Auswirkungen, die die Initiative für Bestäuber von 2018, die Biodiversitätsstrategie für 2020 und andere einschlägige Vorgaben auf den Schutz von Schmetterlingen, Bienen, Motten und anderen wilden Bestäubern haben, analysiert werden. Der ERH kommt zu dem Schluss, dass die bisherigen Maßnahmen erfolglos sind und Lücken in zentralen EU-Politiken zur Bekämpfung der größten Bedrohungen für wilde Bestäuber sind. Die Initiative für Bestäuber stelle keine geeigneten Instrumente bereit, um diese Lücken zu schließen. Auch in der Biodiversitätsstrategie 2020 seien keine spezifischen Vorgaben zur Bekämpfung des Rückgangs wilder Bestäuber enthalten. Der ERH sieht die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die EU-Vorgaben zum Einsatz von Pestiziden als Teil des Problems und empfiehlt den Schutz für wilde Bestäuber in die Biodiversitätsstrategie 2030 aufzunehmen sowie die Risikobewertung von Pestiziden zu verbessern.

[Sonderbericht](#)

### **Öffentliche Konsultation zu den Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Böden, Wasser und biologische Vielfalt gestartet**

Am 09.07.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Bewertung der Auswirkungen der aktuellen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf Böden, Wasser und die biologische Vielfalt gestartet. Die Konsultation wurde, entsprechend der jeweiligen Themengebiete, in drei separaten Einzel-Fahrplänen der Kommission angekündigt, wird nun aber übergreifend durchgeführt. Die Ergebnisse sollen in eine künftige Arbeitsunterlage der Kommission über die Bewertung der Auswirkungen der GAP in Bezug auf natürliche Ressourcen einfließen. Ziel der Konsultation ist es, Erkenntnisse zum Beitrag der GAP zu Umweltzielen der EU sowie zur Wirksamkeit in Bezug auf die nachhaltige Bewirtschaftung von Boden- und Wasserressourcen, Wassermenge und -qualität sowie zur biologischen Vielfalt zu erhalten. Neben der Verhältnismäßigkeit angefallener Kosten soll auch die Kohärenz mit anderen Politikbereichen sowie die Relevanz und der EU-Mehrwert bewertet werden. Bis zum 22.10.2020 haben Behörden, Verbände und Organisationen sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Konsultation zu äußern (siehe hierzu auch Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Konsultation zur Evaluierung der Auswirkungen der GAP auf Böden, Wasser und biologische Vielfalt](#) (in englischer Sprache)



### **Kommission veröffentlicht Fahrplan zur EU-Methan Strategie**

Am 09.07.2020 hat die Kommission einen Fahrplan für eine EU-Methan Strategie veröffentlicht. In der Mitteilung zum europäischen Green Deal hat die Kommission die Notwendigkeit, sich mit der Reduzierung der Methanemissionen zu befassen, aufgezeigt, da Methan nach Kohlendioxid das zweitwichtigste Treibhausgas, der zweitgrößte Verursacher von bodennahem Ozon und ein bedeutender Luftschadstoff ist. Die Hauptquellen der vom Menschen verursachten Methanemissionen in Europa sind die Landwirtschaft, die Produktion, der Transport und die Nutzung fossiler Brennstoffe sowie die Abfallbehandlung und -entsorgung. Ziel der geplanten Strategie, die die Bereiche Energie, Landwirtschaft und Abfall abdecken soll, ist Methanemissionen zu verringern und damit zu dem Klimaziel für 2030 und dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 beizutragen. Die Annahme der Strategie durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2020 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme zum Fahrplan besteht bis 06.08.2020.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission verabschiedet Regeln zur Funktionsweise des Modernisierungsfonds im ETS**

Am 09.07.2020 hat die Kommission detaillierte Vorschriften und Regeln für die Funktionsweise des Modernisierungsfonds im Emissionshandelssystem (ETS) beschlossen. In der Durchführungsverordnung (EU) 2020/1001 wird u. a. Vorschlagsprozedere, Mittelauszahlung, Überwachung, Berichterstattung, sowie Transparenz festgelegt. Die Durchführungsverordnung sieht vor, dass die begünstigten Mitgliedstaaten die Europäische Investitionsbank (EIB) und den Investitionsausschuss des Modernisierungsfonds regelmäßig über geplante Investitionen in Kenntnis setzen. Der Fonds wird im Januar 2021 einsatzbereit sein. Der Modernisierungsfonds, der im Rahmen der überarbeiteten Richtlinie zum EU-Emissionshandelssystem eingerichtet wurde, soll 10 EU-Mitgliedstaaten bei ihrem Übergang zur Klimaneutralität unterstützen durch Modernisierung ihrer Energiesysteme und Verbesserung der Energieeffizienz. Die Mitgliedstaaten, die vom Modernisierungsfonds profitieren, sind Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, die Tschechische Republik, Ungarn und Kroatien. Er wird für den Zeitraum 2021-2030 je nach Kohlenstoffpreis rund 14 Mrd. € aus der Versteigerung von Zertifikaten aus dem EU-ETS zuweisen. Jeder begünstigte Mitgliedstaat hat seinen eigenen Anteil an den Zertifikaten, die im Rahmen des Modernisierungsfonds verwendet werden, wie in der überarbeiteten Richtlinie zum EU-ETS festgelegt.

[Durchführungsverordnung](#)

## **VERBRAUCHERSCHUTZ**

### **Kommission startet Konsultation zur Überarbeitung der Regeln über Lebensmittelhygiene**

Am 09.07.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung (EG) 852/2004 über Lebensmittelhygiene gestartet. Ziel der Überarbeitung ist es, die Lebensmittelsicherheit in der EU zu verbessern, indem die EU-Standards mit den neuen internationalen Standards (WHO-Codex-System) in



Einklang gebracht werden, sicherzustellen, dass geeignete Maßnahmen zur Lebensmittelsicherheit getroffen werden, wenn Lebensmittel für wohltätige Zwecke gespendet werden sowie – wie im europäischen Green Deal angekündigt - Lebensmittelabfälle zu reduzieren. Zum Verordnungsvorschlag kann bis 06.08.2020 Stellung genommen werden, die Annahme durch die Kommission ist im 3. Quartal 2020 geplant.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

### **EuGH-Urteil: Missbräuchliche Klauseln in Fremdwährungskreditverträgen**

Am 09.07.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-81/19 Banca Transilvania entschieden, dass eine Vertragsklausel, die nicht ausgehandelt wurde, sondern auf einer Regelung beruht, die nach nationalem Recht zwischen den Parteien gilt, wenn insoweit nichts anderes vereinbart wurde, nicht unter das Unionsrecht zu missbräuchlichen Klauseln fällt. Im Ausgangsrechtsstreit vor einem rumänischen Gericht hatten zwei Verbraucher einen Kreditvertrag mit einer Bank über 90.000 rumänischen Lei (RON) und zwei Jahre darauf einen Refinanzierungsvertrag geschlossen, der auf Schweizer Franken lautete. Die Kläger beantragten die Feststellung der Missbräuchlichkeit der Vertragsklausel des Refinanzierungsvertrags, nach der alle Zahlungen in der Fremdwährung zu erfolgen hatten. Durch die Abwertung des rumänischen Leu hat sich die zurückzuzahlende Summe nahezu verdoppelt. Das befasste Gericht fragte im Wege des Vorabentscheidungsersuchens nach der Anwendbarkeit der Richtlinie 93/13/EWG auf Vertragsklauseln, die nicht ausgehandelt wurden, sondern auf einer Regelung beruhen, die nach nationalem Recht zwischen den Parteien gelten, wenn nichts anderes vereinbart wurde. Der EuGH verneint die Anwendbarkeit, wenn die Vertragsklauseln auf einer bindenden – wenn auch abdingbaren – Rechtsvorschrift beruhen, da davon ausgegangen werden könne, der nationale Gesetzgeber habe eine ausgewogene Regelung aller Rechte und Pflichten der Parteien bestimmter Verträge getroffen.

[EuGH-Urteil](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

### EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMELF

Aus dem Geschäftsbereich des StMELF sind folgende Punkte von besonderem Interesse: Von der Gesamtsumme des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 in Höhe von 1.074,3 Mrd. € (Preise 2018) entfallen für die Rubrik „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ 356,4 Mrd. €. Davon erhält die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in Form von Direktzahlungen (DZ) und marktbezogenen Ausgaben 258,6 Mrd. € sowie 77,9 Mrd. € für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Im Gegensatz zu einem Beitrag von 30 % der Gesamtmittel des MFR für Klimaschutz sollen die Mittel der GAP in einem Umfang von 40 % für Klimamaßnahmen verwendet werden. Die externe Konvergenz soll erhöht werden auf 200 €/ha DZ EU-weit ab 2022. Es soll zudem eine fakultative Kappung der DZ ab 100.000 € ermöglicht werden. Zwischen beiden Säulen sollen 25 % der Mittel umgeschichtet werden können. Mitgliedstaaten mit „besonderen strukturellen Herausforderungen oder umfangreichen Investitionen in die 2. Säule“ erhalten zusätzliche ELER-Mittel (Deutschland 650 Mio. €). Über das Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ werden dem ELER zusätzliche 7,5 Mrd. € zugewiesen.

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)

[Weitergehende Informationen](#)

### Rat führt Gedankenaustausch zur Strategie „Vom Hof auf den Tisch“

Im ersten physischen Treffen seit Beginn der COVID-19-Pandemie führte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH) am 20.07.2020 einen Gedankenaustausch zur Strategie der Kommission „Vom Hof auf den Tisch“ („Farm to Fork“, FtF) unter Teilnahme von Landwirtschaftskommissar *Janusz Wojciechowski* und Gesundheitskommissarin *Stella Kyriakides* durch. Die Minister begrüßten grundsätzlich die Strategie, forderten aber umfassende Folgenabschätzungen vor einer Umsetzung in Gesetzesvorschläge. Zahlreiche Mitgliedstaaten wiesen auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Finanzierung, auf bestehende Zielkonflikte zwischen Gemeinsamer Agrarpolitik und FtF sowie auf die Verantwortung der Verbraucher hin. Ferner forderten sie von der Kommission, rasch länderspezifische Empfehlungen zu veröffentlichen, um diese bei der Erarbeitung der nationalen Strategiepläne berücksichtigen zu können.

[Webaufzeichnung der öffentlichen Aussprache](#)

[Weitergehende Informationen zur Ratstagung](#)

### Rat führt Meinungs austausch zur grünen Architektur der GAP

Am 20.07.2020 führte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH) einen Meinungs austausch zur grünen Architektur innerhalb der nächsten Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Dabei unterstützten zahlreiche Mitgliedstaaten die Planung der deutschen Ratspräsidentschaft, bis Oktober eine Allgemeine Ausrichtung des



Rates zu erreichen. Kontrovers wurden Mindestbudgets für Ökoregelungen, verpflichtende bzw. freiwillige Eco-Schemes sowie Mindestanteile nicht-produktiver Flächen diskutiert. Landwirtschaftskommissar *Janusz Wojciechowski* betonte die Notwendigkeit von Mindestbudgets sowie von verpflichtenden Eco-Schemes. In einer gemeinsamen Erklärung der Visegrad-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) sowie Bulgariens und Rumäniens fordern diese Mitgliedstaaten u. a. eine ausreichende Mittelausstattung für die GAP und zeigen sich besorgt über eine mögliche Zunahme der bürokratischen Lasten für die Landwirte durch das neue Umsetzungsmodell der GAP.

[Webaufzeichnung der öffentlichen Aussprache](#)

[Gemeinsame Erklärung der Visegrad-Gruppe plus Bulgarien und Rumänien](#) (in englischer Sprache)

[Weitergehende Informationen zur Ratstagung](#)

### **Rat stimmt Abkommen mit China zum Schutz von 100 europäischen und chinesischen geografischen Angaben zu – Wein aus Franken, Bayerisches und Münchener Bier**

Am 20.07.2020 hat der Rat dem bilateralen Abkommen der EU mit China zum gegenseitigen Schutz von je 100 geografischen Angaben zugestimmt. Die Liste der künftig in China geschützten EU-Produkte umfasst Champagner, Parmaschinken oder Steirisches Kürbiskernöl. Geschützte Produkte aus Deutschland sind Weine aus Franken, Rheinhessen und der Mosel sowie Bayerisches Bier und Münchener Bier. Unter den geschützten chinesischen Produkten finden sich Pu'er Tee, Chaidamu Gojibeeren oder Anqiu Ingwer. Vier Jahre nach Inkrafttreten sollen – nach dem gleichen Registrierungsverfahren – jeweils 175 weitere geografische Angaben zusätzlich aufgenommen werden. Bereits am 10.09.2010 genehmigte der Rat die Aufnahme der Verhandlungen mit China, die im November 2019 abgeschlossen wurden (EB 20/19). Vor dem Inkrafttreten muss das Europäische Parlament dem Abkommen noch zustimmen.

[Wortlaut des Abkommens](#)

[Beschluss des Rates](#)

### **Öffentliche Konsultation zu den Auswirkungen der GAP auf Böden, Wasser und biologische Vielfalt gestartet**

Am 09.07.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Bewertung der Auswirkungen der aktuellen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf die Böden, das Wasser und die biologische Vielfalt gestartet. Entsprechend der jeweiligen Themengebiete wurde die Konsultation in drei separaten Einzel-Fahrplänen der Kommission angekündigt, wird nun aber übergreifend durchgeführt. Die Ergebnisse sollen in eine künftige Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über die Bewertung der Auswirkungen der GAP in Bezug auf natürliche Ressourcen einfließen. In Form eines online verfügbaren Fragebogens (vorwiegend als „multiple choice“) werden grundsätzliche Fragen zum Beitrag der GAP zu Umweltzielen der EU sowie zur Wirksamkeit (Zielerreichung) in Bezug auf die nachhaltige Bewirtschaftung von Boden- und Wasserressourcen, Wassermenge und -qualität sowie zur biologischen Vielfalt gestellt. Neben der Bewertung der



Verhältnismäßigkeit angefallener Kosten werden auch Fragen zur Kohärenz mit anderen Politikbereichen sowie zur Relevanz und zum EU-Mehrwert gestellt. Neben Anmerkungen zur Qualität zu von der Kommission zur Verfügung gestellten Daten besteht ferner auch die Möglichkeit, Freitext einzugeben und ein kurzes Dokument zum Fragebogen hochzuladen. Bis zum 22.10.2020 haben Behörden, Verbände und Organisationen (insbesondere aus dem Agrar- und Lebensmittelbereich sowie der Forstwirtschaft), Beratungsdienste sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Konsultation zu äußern.

[Konsultation zur Evaluierung der Auswirkungen der GAP auf Böden, Wasser und biologische Vielfalt](#)

### **JRC startet Erhebung zu Folgen der COVID-19-Pandemie auf den gesamten Lebensmittelbereich**

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC) hat am 14.07.2020 eine Erhebung zur Ermittlung der COVID-19-Folgen für den gesamten Lebensmittelbereich gestartet (Produktion, Verarbeitung, Handel). Mit Hilfe von zwei getrennten Umfragen für die Bereiche Einzelunternehmen bzw. Organisationen will das JRC die Widerstandsfähigkeit, die Reaktionen der Akteure und die aufgetretenen Zwänge durch die Pandemie untersuchen. In Form online verfügbarer Fragebögen (vorwiegend als „multiple choice“) werden u. a. Fragen zu den Auswirkungen der Lockdown-Phase sowie während deren Lockerung auf Produktion, Umsatz, Mitarbeiter, Logistik und Kapitalausstattung gestellt. Ferner werden Maßnahmen abgefragt, die zur Eindämmung der Folgen ergriffen wurden. Eine Bewertung der Zukunftsaussichten soll ebenfalls vorgenommen werden. Bis zum 30.09.2020 besteht die Möglichkeit, an der Umfrage teilzunehmen. Nach der Datenauswertung werden die Ergebnisse in anonymisierter Form auf dem Datenportal des JRC veröffentlicht.

[Umfrage des JRC für Unternehmen](#)

[Umfrage des JRC für Organisationen](#)

[Datenportal des JRC](#)

### **Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der strategischen Leitlinien für die EU-Aquakultur gestartet**

Am 14.07.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der „Strategischen Leitlinien für die nachhaltige Entwicklung der EU-Aquakultur“ gestartet. Mit der Überarbeitung sollen die Mitgliedstaaten und der Sektor bei der Weiterentwicklung der Aquakulturerzeugung in der EU und bei der Sicherstellung der Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaftstätigkeit unterstützt werden. In Form eines online verfügbaren Fragebogens (vorwiegend als „multiple choice“) werden u. a. Fragen zu den prioritären Bereichen für die Entwicklung der nachhaltigen Aquakultur in der EU sowie zum Zugang zu Raum und Wasser, zu Verwaltungsverfahren, Umweltverträglichkeit, Tierwohl, Wettbewerbsfähigkeit und Verbraucherinformation gestellt. Es besteht ferner auch die Möglichkeit, Freitext einzugeben und ein kurzes Dokument zum Fragebogen hochzuladen. Bis zum 27.10.2020 haben Erzeuger, Behörden, Verbände, Organisationen sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Konsultation zu äußern.



## [Konsultation zur Überarbeitung der strategischen Leitlinien für die EU-Aquakultur](#)

### **Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Fischereistatistik gestartet**

Am 20.07.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Fischereistatistik gestartet. Ziel ist es, die für die Erstellung der Statistiken erforderlichen Datenerhebungen zu straffen und zu vereinfachen und damit auch die Belastung der Befragten zu verringern. Außerdem sollen die Fischereistatistiken an den Daten- und Informationsbedarf der reformierten GFP angepasst werden. In Form eines online verfügbaren Fragebogens (vorwiegend als „multiple choice“) werden Fragen zur Bewertung der aktuellen Statistik sowie zu deren Verbesserung gestellt. Insbesondere sollen die vier von der Kommission vorgeschlagenen Optionen zur Anpassung der Statistik hinsichtlich ihrer Auswirkungen beurteilt werden: Fortführung des bestehenden Rechtsrahmens, Einstellung der Fischereistatistiken, gestraffter Rechtsrahmen oder neue Rechtsgrundlage zur Erstellung der Statistiken. Ferner besteht auch die Möglichkeit, Freitext einzugeben. Bis zum 23.11.2020 haben Behörden, Verbände, professionelle Statistik-Nutzer sowie alle anderen Interessierten die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Konsultation zu äußern.

## [Konsultation zur Überarbeitung der EU-Fischereistatistik](#)

### **Kommission legt Leitlinien zum Schutz von Saisonarbeitskräften in der EU vor**

Die Kommission hat am 16.07.2020 Leitlinien vorgelegt, um den Schutz von Saisonarbeitskräften in der EU vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie zu verbessern (siehe hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB). In den Leitlinien werden die Mitgliedstaaten u. a. aufgefordert, die Durchsetzung bestehender EU- und nationaler Rechtsvorschriften und die diesbezüglichen Vor-Ort-Kontrollen zu verstärken, das Bewusstsein für die Anforderungen an Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit zu schärfen und den Arbeitgebern praktische Informationen darüber zur Verfügung zu stellen, wie die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen umgesetzt werden können. Hinsichtlich der Unterbringung von Saisonarbeitskräften sollen die Mitgliedstaaten alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zu gewährleisten.

## [Leitlinien zum Schutz von Saisonarbeitskräften](#)

### **ERH veröffentlicht Sonderbericht zu wilden Bestäubern**

Am 09.07.2020 hat der Europäische Rechnungshof (ERH) einen Sonderbericht veröffentlicht, der die Auswirkungen der Initiativen für Bestäuber von 2018, der Biodiversitätsstrategie für 2020 und anderer einschlägiger Vorgaben auf den Schutz von Schmetterlingen, Bienen, Motten und anderen wilden Bestäubern analysiert (siehe hierzu Beitrag des StMUV in diesem EB). Der ERH kommt zu dem Schluss, dass die bisherigen Maßnahmen erfolglos seien und Lücken in zentralen EU-Politiken zur Bekämpfung der größten Bedrohungen für wilde Bestäuber bestünden. Die Initiative für Bestäuber stelle keine geeigneten Instrumente bereit, um diese



Lücken zu schließen. Auch in der Biodiversitätsstrategie 2020 seien keine spezifischen Vorgaben zur Bekämpfung des Rückgangs wilder Bestäuber enthalten. Der ERH sieht die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die EU-Vorgaben zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln als Teil des Problems und empfiehlt, den Schutz für wilde Bestäuber in die neue Biodiversitätsstrategie 2030 aufzunehmen sowie die Risikobewertung von Pflanzenschutzmitteln zu verbessern.

[Sonderbericht des ERH zu wilden Bestäubern](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

### **EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMAS**

Aus dem Geschäftsbereich des StMAS sind folgende Punkte von besonderem Interesse: Der neue Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) soll finanzielle Unterstützung für Maßnahmen der Jugendbeschäftigung, der Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitskräften sowie der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut bieten. Im ESF+ werden zukünftig der bisherige Europäische Sozialfonds, die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen sowie das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation zusammengefasst (EB 09/18 bzw. EB 10/18). Die Gesamtfinanzausstattung des ESF+ für den Zeitraum 2021-2027 soll insgesamt knapp 88 Mrd. € betragen.

Die Schlussfolgerungen des Sondergipfels des Europäischen Rates setzen sich auch unmittelbar mit der Bereitstellung von Mitteln für das neue Erasmus+-Programm für die Jahre 2021-2027 auseinander. Das Erasmus+-Programm, das Bildungs- und Mobilitätsangebote für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, junge Menschen, Studierende und Lehrkräfte umfasst, soll nach den Vorstellungen des Europäischen Rates im kommenden Programmzeitraum von 2021-2027 eine Finanzausstattung von insgesamt 21,208 Mrd. € erhalten und einen besonderen Fokus u. a. auf die Inklusion benachteiligter Menschen richten (siehe hierzu Beitrag des StMUK in diesem EB).

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)

### **Informelle Videokonferenz der EU-Arbeits- und Sozialminister zu den Lehren aus der COVID-19-Pandemie**

Am 17.07.2020 kamen die EU-Arbeits- und Sozialminister erstmals unter deutschem Vorsitz im Rat per Videokonferenz zusammen. Im Zentrum des informellen Austauschs stand dabei zum einen die Frage, welchen Beitrag soziale Sicherungssysteme zur Überwindung der Krise leisten können. Ein weiteres Thema waren Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Die Pandemie habe deutlich gemacht, dass wirksame Maßnahmen des Arbeitsschutzes und wirtschaftlicher Erfolg zusammengehörten, um die COVID-19-Pandemie langfristig einzudämmen. Ziel der Bundesregierung ist es zudem, die Arbeits- und Lebensbedingungen mobiler Arbeitnehmer zu verbessern. Daher waren auch die Rechte von Saisonarbeitskräften Gegenstand des Austauschs. Zu diesem neuen Schwerpunktthema hat die Bundesregierung zudem Schlussfolgerungen im Rat vorgelegt, über die nun in Brüssel verhandelt wird.

[Pressemitteilung des deutschen Vorsitzes](#)



### **Kommission legt Leitlinien zum Schutz von Saisonarbeitskräften in der EU vor**

Die Kommission hat am 16.07.2020 Leitlinien vorgelegt, um den Schutz von Saisonarbeitskräften in der EU vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie zu verbessern. Mehr als 17,6 Mio. Europäer leben bzw. arbeiten nach Angaben der Kommission in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen. Im Fokus stehen dabei die Agrar- und Ernährungswirtschaft und der Fremdenverkehr.

Diese Leitlinien ergänzen die am 30.03.2020 veröffentlichten Leitlinien für die Ausübung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte während des COVID-19-Ausbruchs (EB 06/20) und nehmen Bezug auf Forderungen des Europäischen Parlaments vom 19.06.2020 zum Schutz von Grenzgängern und Saisonarbeitskräften (EB 11/2020).

In den Leitlinien werden die Mitgliedstaaten u. a. dazu aufgefordert, die Durchsetzung bestehender EU- und nationaler Rechtsvorschriften sicherzustellen und die Vor-Ort-Kontrollen in dieser Hinsicht zu verstärken, auch mit Unterstützung der Europäischen Arbeitsbehörde. In diesem Zusammenhang will die Kommission u. a. eine Studie durchführen, um Daten über Saisonarbeit innerhalb der EU zu erheben und um die wichtigsten Herausforderungen zu ermitteln, die sich u. a. während der COVID-19-Pandemie gestellt hätten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Leitlinien](#)

### **EuGH zum Begriff „Arbeitgeber“ im Bereich der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit**

Der EuGH hat am 16.07.2020 entschieden, dass Arbeitgeber eines im internationalen Kraftverkehr tätigen Lkw-Fahrers dasjenige Unternehmen ist, das dem Beschäftigten gegenüber tatsächlich weisungsbefugt ist, das die entsprechenden Lohnkosten trägt und das tatsächlich befugt ist, ihn zu entlassen. Entscheidend ist nicht, wer in einem Arbeitsvertrag formal als Arbeitgeber des Fahrers angegeben ist.

Nach den Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in Europa unterliegen Personen, die in zwei oder mehr Mitgliedstaaten tätig sind, ohne überwiegend im Gebiet des Mitgliedstaats beschäftigt zu sein, in dem sie wohnen, den Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem der Arbeitgeber seinen Sitz hat. Der Gerichtshof hat in seiner Entscheidung festgestellt, dass die Verordnungen Nr. 1408/71 und Nr. 883/2004 für die Bestimmung der Begriffe „Arbeitgeber“ und „Personal“ nicht auf nationale Rechtsvorschriften oder Praktiken verweisen. Daher sei eine autonome und einheitliche Auslegung geboten, die nicht nur den Wortlaut, sondern auch den Regelungszusammenhang und den mit der fraglichen Regelung verfolgten Zweck berücksichtigt.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil](#)





### **EuGH: Opferentschädigungsrichtlinie setzt keinen grenzüberschreitenden Fall voraus**

Der EuGH hat am 16.07.2020 u. a. entschieden, dass die Mitgliedstaaten für alle Opfer einer vorsätzlichen Gewalttat, und zwar auch für diejenigen mit Wohnsitz in dem Mitgliedstaat, in dem die vorsätzliche Gewalttat begangen wurde, eine Entschädigungsregelung vorsehen müssen. Nach der Opferentschädigungsrichtlinie des Rates aus dem Jahr 2004 tragen alle Mitgliedstaaten dafür Sorge, dass in ihren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften eine Regelung für die Entschädigung der Opfer von in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet vorsätzlich begangenen Gewalttaten vorgesehen ist, die eine gerechte und angemessene Entschädigung der Opfer gewährleistet. Nach Abschluss seiner Prüfung hat der EuGH nun klargestellt, dass die Richtlinie jedem Mitgliedstaat die Pflicht auferlegt, eine Regelung für die Entschädigung aller Opfer von in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet vorsätzlich begangener Gewalttaten einzuführen, und nicht nur zugunsten der Opfer in einem grenzüberschreitenden Fall.

Die zu gewährende Entschädigung müsse zwar nicht zwingend den Schaden vollständig wiedergutmachen, dürfe aber nicht rein symbolisch sein, so der EuGH in seiner Entscheidung auf Vorlage des italienischen Kassationsgerichtshofs. Eine pauschale Entschädigung kann demnach nicht als „gerecht und angemessen“ eingestuft werden, wenn sie festgelegt wird, ohne die Schwere der Folgen der begangenen Tat für die Opfer zu berücksichtigen, und daher keinen adäquaten Beitrag zur Wiedergutmachung des erlittenen materiellen und immateriellen Schadens darstellt.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Urteil](#)

### **Rat beschließt länderspezifische Empfehlungen zu nationaler Fiskal- und Wirtschaftspolitik**

Der Rat hat am 20.07.2020 die von der Kommission am 20.05.2020 vorgeschlagenen länderspezifischen Empfehlungen zur Koordinierung der nationalen Fiskal- und Wirtschaftspolitiken („Europäisches Semester“) angenommen. Mit diesen werden den Mitgliedstaaten wirtschaftspolitische Maßnahmen für die kommenden 12 - 18 Monate vorgeschlagen. Deutschland wird insbesondere empfohlen, durchführungsreife öffentliche Investitionen vorzuziehen und private Investitionen in den ökologischen und digitalen Wandel zu unterstützen (EB 09/20). Mit der erfolgten Annahme ist die letzte Phase des Europäischen Semesters 2020 abgeschlossen (siehe hierzu Beitrag des StFMH in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Empfehlungen für Deutschland](#)

### **Bericht über die Anwendung der Richtlinie über Zusatzrentenansprüche veröffentlicht**

Die Kommission hat am 06.07.2020 einen Bericht über die Anwendung der Richtlinie 2014/50/EU vom 16.04.2014 über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten durch Verbesserung des Erwerbs und der Wahrung von Zusatzrentenansprüchen veröffentlicht.



Der Bericht zeigt, so die Kommission, dass inzwischen alle Mitgliedstaaten die Richtlinie über Zusatzrentenansprüche umgesetzt haben, was zu einer Verbesserung des Erwerbs und der Wahrung von Zusatzrentenansprüchen mobiler Arbeitnehmer geführt habe.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Bericht](#)

### **Kommission stellt Leitlinien zu digitalen Kompetenzen vor**

Am 13.07.2020 hat die Kommission neue Leitlinien zur optimalen Nutzung des digitalen EU-Kompetenzrahmens „DigComp“ vorgestellt. Sie sollen nach Angaben der Kommission mit praktischen Schritten, Tipps und Online-Ressourcen Ausbildern, Arbeitgebern und Personalvermittlern helfen, die Beschäftigten mit hinreichenden digitalen Fertigkeiten auszurüsten, um in der Arbeitswelt während und nach der Coronavirus-Pandemie erfolgreich zu sein.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Leitlinien](#) (in englischer Sprache)

### **Europäisches Parlament zu den Rechten von Menschen mit geistiger Behinderung und von ihren Familien in der COVID-19-Krise**

Das Europäische Parlament (EP) hat sich auf seiner Plenartagung am 08.07.2020 besorgt gezeigt hinsichtlich der Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Menschen mit geistiger Behinderung und Menschen mit sonstigen psychischen Problemen. Für diese und ihre Familien sowie die sie betreuenden Familienmitglieder – in vielen Fällen Frauen – habe die Krise zu zusätzlichen Belastungen geführt. In der vom EP angenommenen Entschließung weisen die Abgeordneten etwa darauf hin, dass Ausgangsbeschränkungen für die Betroffenen außerordentlich problematisch seien. Kommission und Mitgliedstaaten werden nachdrücklich aufgefordert, Menschen mit Behinderungen und die sie vertretenden Organisationen von Anfang mit einzubeziehen, wenn als Reaktion auf eine künftige Krise Maßnahmen verabschiedet werden. Gerichtet an die Kommission erheben die Abgeordneten die Forderung, für den Zeitraum nach 2020, eine ehrgeizige Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen vorzulegen und darin die Lehren aus der COVID-19-Krise einfließen zu lassen.

[Entschließung](#)

### **Verlängerung des unionsweiten Netzwerks der öffentlichen Arbeitsverwaltungen bis 2027: Beginn der Trilogverhandlungen**

Die Kommission hatte am 11.09.2019 vorgeschlagen, die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen in Europa über das Jahr 2020 hinaus fortzusetzen (EB 16/19). Zu dem legislativen Vorschlag haben nunmehr sowohl der Rat als auch das Europäische Parlament ihre jeweiligen



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU  
Nr. 13/2020 vom 24.07.2020**



Standpunkte festgelegt. Die Verhandlungen zwischen den Unionsgesetzgebern über den Kommissionsvorschlag können daher beginnen. Ein erster Auftakttrilog unter deutschem Vorsitz fand bereits am 14.07.2020 statt.

Hintergrund:

Mit Beschluss 573/2014/EU wurde im Jahre 2014 das sog. ÖAV-Netzwerk für den Zeitraum bis zum 31.12.2020 eingerichtet. Dieses umfasst öffentliche Stellen aus den EU-Ländern, Norwegen und Island. Ziel ist es, die beschäftigungspolitische Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten zu fördern.

[Informationen über das Europäische Netzwerk der öffentlichen Arbeitsverwaltungen](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

### EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMGP

Aus dem Geschäftsbereich des StMGP sind folgende Punkte von besonderem Interesse:

Die Mittelausstattung des neuen, eigenständigen Gesundheitsprogramms „EU4Health“ wurde vom Europäischen Rat deutlich gekürzt. Nach den Beschlüssen der europäischen Staats- und Regierungschefs soll „EU4Health“ im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 mit rund 1,7 Mrd. € ausgestattet sein. Ursprünglich hatte die Kommission vorgeschlagen, für „EU4Health“ durch eine Kombination von Mitteln aus dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 und dem EU-Aufbauinstrument insgesamt 9,4 Mrd. € zur Verfügung zu stellen (EB 10/20).

Das neue Gesundheitsprogramm „EU4Health“ soll insbesondere zum Schutz der Menschen in der EU vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren, zur Verbesserung der Verfügbarkeit von Arzneimitteln, Medizinprodukten und anderen krisenrelevanten Produkten in der EU sowie zur Stärkung der Gesundheitssysteme und der Arbeitskräfte in der Gesundheitsversorgung beitragen.

[Pressemitteilung zu den Ergebnissen des Sondergipfels](#)

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates \(17.-21.07.2020\)](#)

### Coronavirus: Annahme von befristeten Sonderregeln für die Durchführung klinischer Prüfungen

Am 17.07.2020 ist die Verordnung über die Durchführung klinischer Prüfungen mit genetisch veränderte Organismen (GVO) enthaltenden oder aus solchen bestehenden Humanarzneimitteln zur Behandlung oder Verhütung der Coronavirus-Erkrankung im EU-Amtsblatt veröffentlicht worden. Zuvor hatten der Rat am 14.07.2020 und das Europäische Parlament am 10.07.2020 der Verordnung zugestimmt.

Die Verordnung ist eine der Maßnahmen, die in der EU-Strategie für Coronavirus-Impfstoffe angekündigt wurden (EB 11/20). Um Verzögerungen bei der Entwicklung und Zulassung von Arzneimitteln gegen das neuartige Coronavirus zu vermeiden, soll für die in der Verordnung genannten Arzneimittel eine zeitlich befristete Ausnahme von bestimmten EU-Vorschriften über GVO gewährt werden. Insbesondere enthält der Rechtsakt eine befristete Ausnahmeregelung, wonach bei klinischen Prüfungen von entsprechenden Arzneimitteln nicht die sonst vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss.

[Verordnungstext im EU-Amtsblatt](#)

[Pressemitteilung](#)

### EU-Gesundheitsminister beraten über Krisenvorsorge, Arzneimittelversorgung und Digitalisierung

Am 16.07.2020 fand eine informelle Videokonferenz der EU-Gesundheitsminister statt. Im Rahmen der Konferenz diskutierten die Mitgliedstaaten über Möglichkeiten zur Stärkung des Europäischen Zentrums für die



Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), damit dieses künftig schneller auf grenzüberschreitende Gesundheitskrisen reagieren kann. Diskutiert wurde über die Schaffung einer „Health Task Force“ im ECDC zur Unterstützung der Mitgliedstaaten, über ein einheitliches, EU-weites elektronisches Berichtssystem zu Gesundheitsgefahren sowie die Stärkung der Rolle des ECDC bei der Pandemieplanung. Der deutschen Ratspräsidentschaft zufolge soll die Kommission noch in diesem Jahr einen entsprechenden Rechtssetzungsvorschlag vorlegen.

Ein weiteres Thema der Tagung war die Sicherung der Arzneimittelversorgung in Europa. Die Kommission wurde der deutschen Ratspräsidentschaft zufolge insoweit aufgefordert, in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten bis Oktober 2020 die von ihr angekündigte EU-Arzneimittelstrategie vorzulegen. Schließlich diskutierten die EU-Gesundheitsminister über die Bedingungen der Schaffung eines gemeinsamen Gesundheitsdatenraums, der einen datenschutzkonformen Zugang zu und Austausch von Gesundheitsdaten für Forschung, Diagnose und Therapie ermöglichen soll.

[Pressemitteilung](#)

### **Coronavirus: Ratsempfehlung zur schrittweisen Aufhebung des EU-Einreisestopps aus Drittstaaten; aktualisierte Staatenliste**

Der Rat hat am 16.07.2020 im Rahmen der Empfehlung zur schrittweisen Aufhebung der vorübergehenden Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU die Liste der Länder, für die die Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten, aktualisiert (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB). Auf Grundlage der in der Empfehlung genannten Kriterien sollen die Mitgliedstaaten die Reisebeschränkungen an den Außengrenzen für Einwohner der folgenden Drittstaaten schrittweise aufheben: Algerien, Australien, Kanada, Georgien, Japan, Marokko, Neuseeland, Ruanda, Südkorea, Thailand, Tunesien, Uruguay sowie China, vorbehaltlich der Bestätigung der Gegenseitigkeit.

Der Rat hatte am 30.06.2020 eine Empfehlung zur schrittweisen Aufhebung der vorübergehenden Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU angenommen, einschließlich einer ersten Liste der Länder, für die die Mitgliedstaaten die Aufhebung der Reisebeschränkungen an den Außengrenzen einleiten sollten. Die Kriterien zur Festlegung der Drittstaaten, für die die derzeitigen Reisebeschränkungen aufgehoben werden sollten, betreffen insbesondere die epidemiologische Lage und die im jeweiligen Staat ergriffenen Eindämmungsmaßnahmen.

[Empfehlung des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#)

### **Coronavirus: Kommission legt Leitlinien zum Schutz von Saisonarbeitskräften in der EU vor**

Die Kommission hat am 16.07.2020 Leitlinien vorgelegt, um den Schutz von Saisonarbeitskräften in der EU vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie zu gewährleisten (siehe hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).



Die Leitlinien sollen den nationalen Behörden, den Arbeitsaufsichtsbehörden und den Sozialpartnern Orientierungshilfen bieten, um die Rechte, die Gesundheit und die Sicherheit von Saisonarbeitskräften zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Saisonarbeitskräften ihre Rechte bekannt sind.

Die Leitlinien decken eine Reihe von Aspekten ab, darunter das Recht von Saisonarbeitskräften, in einem EU-Mitgliedstaat zu arbeiten, unabhängig davon, ob sie EU-Bürger sind oder aus Ländern außerhalb der EU kommen. Die Leitlinien befassen sich ferner mit angemessenen Lebens- und Arbeitsbedingungen, einschließlich physischer Distanzierung und angemessener Hygienemaßnahmen, der Unterrichtung der Arbeitskräfte über ihre Rechte, Schwarzarbeit sowie mit Aspekten der Sozialversicherung.

[Leitlinien](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Coronavirus: Kommission legt Mitteilung zur Vorbereitung auf künftige COVID-19-Ausbrüche vor**

Die Kommission hat am 15.07.2020 eine Mitteilung über Vorsorgemaßnahmen der EU im Gesundheitsbereich im Hinblick auf künftige COVID-19-Ausbrüche vorgelegt. Der Schwerpunkt der Mitteilung liegt auf Maßnahmen, die für eine bessere Vorsorge, eine wirksamere Überwachung und einen erweiterten Zugang zu medizinischen Gegenmaßnahmen wie persönlicher Schutzausrüstung, Arzneimitteln und Medizinprodukten erforderlich sind.

In der Mitteilung wird eine Reihe vorrangiger Aktionsbereiche für nationale Behörden, Kommission und EU-Agenturen dargelegt: Erhöhung von Testabdeckung, Verstärkung von Kontaktnachverfolgung und Überwachung durch öffentliche Stellen; Sicherstellen einer funktionierenden Versorgung mit persönlicher Schutzausrüstung, Arzneimitteln und Medizinprodukten über Mechanismen wie gemeinsame Beschaffungsverfahren in Dringlichkeitssituationen und strategische Bevorratung in der EU; Aufrechterhalten von rasch nutzbaren Kapazitätspuffern im Gesundheitswesen; Anordnung gezielter und örtlich begrenzter nichtpharmazeutischer Maßnahmen (z. B. Ausgangsbeschränkungen, physische Distanzierung und das Tragen von Gesichtsmasken); Unterstützen besonders schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen; Verringern der Belastung durch die saisonale Grippe.

[Mitteilung „Kurzfristige Vorsorgemaßnahmen der EU im Gesundheitsbereich im Hinblick auf COVID-19-Ausbrüche“](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Europäisches Parlament fasst Entschließung zur Strategie der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit für die Zeit nach der Coronavirus-Pandemie**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 10.07.2020 eine umfassende Entschließung zur Strategie der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit für die Zeit nach der Coronavirus-Pandemie gefasst. Darin fordert das EP die Organe der EU und die Mitgliedstaaten auf, die richtigen Lehren aus der COVID-19-Krise zu ziehen, im



Bereich der Gesundheit deutlich stärker zusammenzuarbeiten und eine Europäische Gesundheitsunion zu schaffen.

Um auf Gesundheitskrisen besser reagieren zu können und die operative Koordinierung auf EU-Ebene zu stärken, fordert das EP die Kommission u. a. auf, einen Europäischen Gesundheitsreaktionsmechanismus (European Health Response Mechanism, EHRM) vorzuschlagen. Zudem sollen die Mittel, die Personalausstattung und die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Kontrolle und die Prävention von Krankheiten erhöht und die Rolle der Europäischen Arzneimittelagentur bei der Überwachung und Verhinderung von Arzneimittelengpässen gestärkt werden.

Das EP begrüßt ferner die Zusage der Kommission, einen EU-Aktionsplan zur Krebsbekämpfung vorzulegen. Zusätzlich fordert das EP u. a. einen EU-Aktionsplan zur psychischen Gesundheit, einen EU-Aktionsplan für gesundes Altern, einen EU-Aktionsplan für seltene Krankheiten sowie einen neuen strategischen Rahmen für Gesundheit und Sicherheit.

[Entschließung](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

### EU-Sondergipfel: Wesentliche Punkte aus dem Geschäftsbereich des StMD

Aus dem Geschäftsbereich des StMD sind folgende Punkte von besonderem Interesse: Nach der Einigung der Staats- und Regierungschefs sollen die Gelder aus der „Aufbau- und Resilienzfazilität“ anhand nationaler Aufbau- und Resilienzpläne verteilt werden, die von der Kommission u. a. hinsichtlich der Kriterien bewertet werden, die sie in ihren länderspezifischen Empfehlungen hervorgehoben hatte. Für Deutschland hatte die Kommission dabei insbesondere Investitionen in die digitale Infrastruktur und digitale Dienstleistungen angemahnt. Ein „wirksamer Beitrag zur grünen und digitalen Wende“ ist nach der Einigung ebenfalls Voraussetzung für eine positive Bewertung nationaler Aufbau- und Resilienzpläne.

Für Programme, bei denen die Digitalisierung im Fokus steht, sind folgende Mittel in der Einigung der Staats- und Regierungschefs vorgesehen: aus dem Wiederaufbauinstrument 5 Mrd. € für das Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ und 5,6 Mrd. € für das Instrument zur Investitionsförderung „InvestEU“. Im mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) sind für „Horizont Europa“ 75,9 Mrd. € vorgesehen, für „InvestEU“ 2,8 Mrd. €, in den Digitalbereich der Fazilität „Connecting Europe“ sollen 1,8 Mrd. € und in das neue Förderprogramm „Digitales Europa“ 6,7 Mrd. € fließen. Die Finanzausstattung des Programms für die audiovisuelle Branche und Kultur- und Kreativwirtschaft, „Kreatives Europa“, beträgt 1,6 Mrd. €.

Das Verhandlungsteam des Europäischen Parlaments kündigte bereits an, man werde die niedrigen Obergrenzen im MFR und die verlorene Aufstockung im Rahmen des Wiederaufbauinstruments in zukunftsorientierten Programmen nicht akzeptieren. Man wolle höhere Beträge für Programme wie „Horizont Europa“ und „InvestEU“ erreichen.

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)

[Pressemitteilung des Verhandlungsteams des Europäischen Parlaments](#)

### Auswahl aus den Beiträgen zur Konsultation zum Weißbuch Künstliche Intelligenz veröffentlicht

Die Kommission hat am 17.07.2020 eine erste Auswahl aus den Antworten auf die Online-Konsultation zum Weißbuch Künstliche Intelligenz veröffentlicht. Es habe 1250 Beiträge gegeben. Aus den Fragen zum „Ökosystem der Exzellenz“ wird insbesondere hervorgehoben, dass 90 % der Beiträge die Förderung von Kompetenzen als wichtig oder besonders wichtig einschätzten. Aus den Beiträgen zum „Ökosystem des Vertrauens“, also zu Fragen der Regulierung, nennt die Kommission u. a. folgende Zahlen: 42 % der Beiträge befürworteten einen neuen Rechtsrahmen für KI, 33 % wollten Lücken im bestehenden System schließen. 42,5% der Antwortenden befürworteten die Begrenzung der Regulierung auf „high risk“-Anwendungen. 28 % der Beiträge unterstützten ein Verbot von biometrischer Fernerkennung im öffentlichen Raum. 29,2 % wollten zumindest spezifische Regeln oder Leitlinien, bevor diese Technologien im öffentlichen Raum genutzt werden dürften. Eine ausführlichere Auswertung erscheint zu einem späteren Zeitpunkt.



[Meldung der Kommission mit Link zum Download der Kurzauswertung](#)

### **Finale Selbsteinschätzungs-Checkliste für vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz veröffentlicht**

Die von der Kommission eingesetzte [hochrangige Expertengruppe für Künstliche Intelligenz](#) hat am 17.07.2020 ihre finale Selbsteinschätzungs-Checkliste für vertrauenswürdige KI veröffentlicht. Eine erste Version der Selbsteinschätzungs-Liste wurde in einer Pilotphase von der Praxis getestet und danach für die finale Veröffentlichung überarbeitet. Die Selbsteinschätzung soll Entwickler und Anwender bei der Entwicklung vertrauenswürdiger KI unterstützen und kann auch über ein [Online-Tool](#) vorgenommen werden. Sie basiert auf den sieben Schlüsselanforderungen für vertrauenswürdige KI, die die hochrangige Expertengruppe aufgestellt hat und die auch von der Kommission in ihrem Weißbuch KI aufgegriffen wurden: menschliche Aufsicht, technische Robustheit, Datenqualitätsmanagement, Transparenz, Nichtdiskriminierung, gesellschaftliches und ökologisches Wohlergehen sowie Rechenschaftspflicht.

[Pressemeldung mit weiterführenden Links:](#)

### **Zwischenberichte von Expertengruppe zu Plattformökonomie**

Am 10.07.2020 hat die Expertengruppe des „EU-Observatoriums für die Plattformökonomie“ drei Zwischenberichte vorgestellt. Sie deuten laut Kommission auf eine ungleiche Marktmacht in den Beziehungen zwischen Online-Plattformen und ihren gewerblichen Nutzern in Bezug auf den Zugang und die Nutzung von Daten sowie darauf hin, dass Diskriminierung möglicherweise für Probleme in der Online-Plattformwirtschaft sorgt. Die Berichte wurden schon in diesem Stadium veröffentlicht, um parallel zur Konsultation zum Digital Services Act Rückmeldungen zu sammeln. Das [„EU-Observatorium für die Plattformökonomie“](#) besteht aus einigen zuständigen Kommissionsmitarbeitern, einer Experten-Gruppe aus Think Tanks und Wissenschaft sowie einer Studie, die von einem Konsortium erarbeitet wird.

[Pressemeldung mit weiterführenden Links](#)

### **Urteil des EuGH zur Datenübermittlung in die USA**

Im Rechtsstreit um die Datenübermittlung über Facebook Ireland an Server der Facebook Inc. in den USA hat der EuGH am 16.07.2020 den Beschluss der Kommission zum EU-US Privacy-Shield für ungültig erklärt. Zur Begründung führt der EuGH aus, amerikanische Behörden dürften auf übermittelte Daten zugreifen und betroffenen Personen würden keine Rechte verliehen, die gegenüber amerikanischen Behörden gerichtlich durchgesetzt werden könnten (siehe hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

[Urteil des EuGH in der Rechtssache C-311/18](#)



### **EuG-Urteil zu irischer Steuerbeihilfe an Apple**

Mit Urteil vom 15.07.2020 hat das Gericht der Europäischen Union (EuG) den Beschluss der Kommission, mit dem Irland verpflichtet worden war, von Apple rechtswidrige Beihilfe in Höhe von 13 Mrd. € zurückzufordern, erstinstanzlich für nichtig erklärt. In diesem Beihilfebeschluss hatte die Kommission beanstandet, die irischen Behörden hätten ein Steuermodell gebilligt, das Gewinne künstlich niedrig rechne. Sowohl Apple als auch Irland hatten gegen den Beschluss der Kommission geklagt. Das Gericht stellte nun fest, die Kommission habe eine wettbewerbsverzerrende Begünstigung durch das Vorgehen Irlands nicht ausreichend dargelegt (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

[EuG-Urteil zu den verbundenen Rechtssachen T-778/16, T-892/16](#) (in englischer Sprache)